

Neu-Gravenbroicher Zeitung

Verlag: Gesellschaft für Buchdruckerei AG, Neuß, Niederstraße 46.
Fernspr. 2053, Geschäftsstelle Neuß, Niederstr. 46, Fernspr. 2553, Redak-
tion 3953/54. Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlages oder
in Fällen höherer Gewalt kein Entschuldigungsanspruch



Erscheint sechsmal wöchentlich als Morgenausgabe. Bezugspreis
monatlich 2,70 D-Mark einschließlich Zustellgebühr durch Boten. Bei
Postbezug: Grundpreis zuzüglich Postzustellgebühr. Einzelpreis 15 Pf.
Postcheckkonto Köln Nr. 41800, Erfüllungsort Neuß.

DIE GROSSE HEIMATZEITUNG · GEGRÜNDET IM JAHRE 1874

NUMMER 173

DONNERSTAG, 27. JULI 1950

77. JAHRGANG

Bundespakt für Europa

Deutscher Bundestag fordert festen Zusammenschluß der europäischen Völker

Eigenbericht der Neu-Gravenbroicher Zeitung

Bonn. Der Deutsche Bundestag forderte am Mittwoch einmütig den Abschluß eines europäischen Bundespaktes und die Schaffung einer übernationalen Bundesgewalt als einzigen Weg, um dem drohenden Elend durch die weitere Zersplitterung der Völker Europas wirkungsvoll zu begegnen. Nur die vier Kommunisten stimmten gegen diese Entschließung, die von der deutschen Delegation bei den August-Verhandlungen des Europarates vermutlich als Arbeitsgrundlage für die Erweiterung der Aufgaben der Straßburger Versammlung vorgelegt werden wird.

Die vom Bundestag geforderte übernationalen Bundesgewalt soll sich auf allgemeine, freie und unmittelbare Wahlen gründen und über gesetzgebende, ausübende und richterliche Gewalt verfügen. Praktisch bedeutet dies, daß der Deutsche Bundestag die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Regierung und eines Europa-Parlamentes fordert. Die Bundesverfassung (das Grundgesetz) sieht den Verzicht auf Souveränitätsrechte zugunsten überstaatlicher Einrichtungen vor.

Die vom Bundestag vorgeschlagene übernationalen Bundesgewalt soll mit allen Befugnissen ausgestattet werden, die zur Schaffung wirtschaftlicher Einheit auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit, zur Führung einer gemeinsamen Außenpolitik und zur Herstellung der gleichen Rechte aller europäischen Völker erforderlich sind. Sie soll ferner die Grundrechte und menschlichen Freiheiten der europäischen Bürger garantieren.

Neuer Appell an die Sowjetunion

In einer weiteren gemeinsamen Entschließung der Bundestagsfraktionen, von der sich wiederum nur die KPD ausschloß, protestierte

der Bundestag gegen die Zurückhaltung von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in der Sowjetunion. Die Entschließung wurde durch Erheben von den Plätzen begrüßt.

In der Begründung betonte der CDU-Abgeordnete Dr. Gerstenmaier, daß die von der Sowjet-Union bekanntgegebene beinahe vollständige Entlassung der Kriegsgefangenen unter keinen Umständen der Wahrheit entsprechen könne, da allein die Zahl derer, die sich noch in brieflichem Verkehr mit ihren Angehörigen befänden, das Mehrfache der von den Sowjets bekanntgegebenen Zahlen darstelle. Der Bundestag stelle darüber hinaus fest, daß sich die Sowjet-Union weder an die Genfer Konvention noch an die Haager Landkriegsordnung gehalten habe. Von russischer Seite sei niemals eine namentliche Liste der Kriegsgefangenen oder der Verstorbenen bekanntgegeben worden. Deutsche Frauen seien als Kriegsgefangene behandelt worden, wobei ihnen schwerste körperliche Arbeiten auferlegt worden seien. Der Schriftverkehr sei beschränkt oder überhaupt verboten worden. Das deutsche Volk müsse besonders gegen die Massenverurteilungen am Ende des Jahres

1949 Protest erheben. Es seien durchweg Strafen von 10 bis 25 Jahren Zwangsarbeit nach kollektiven und geheimen Verfahren ausgesprochen worden. Als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnete Dr. Gerstenmaier die zahllosen Verschleppungen von Deutschen und volksdeutschen Zivilpersonen.

Namentliche Liste der Kriegsgefangenen

Der Bundestag beschloß, die Sowjet-Union aufzufordern, alle deutschen Kriegsgefangenen, soweit sie sich nicht tätliche oder nachweis-

bare Vergehen gegen die Menschlichkeit haben zuschulden kommen lassen, sofort freizulassen. Bis zu ihrer Entlassung solle der Brief- und Paketverkehr gestattet werden. Die Sowjet-Union solle unverzüglich eine namentliche Liste aller noch lebenden oder verstorbenen Kriegsgefangenen veröffentlichen.

„Wiederherstellungsgesetz“ angenommen

Nach 7stündiger Beratung nahm der Bundestag am Mittwochabend den Entwurf des Gesetzes zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts mit großer Mehrheit in zweiter Lesung an. Das Gesetz beseitigt die nach 1945 eingetretene Zersplitterung und hebt eine Reihe von nationalsozialistischen Bestimmungen auf. Auf 87 eng bedruckten Seiten werben in über 500 Einzelbestimmungen Paragraphen aus den erkrankten Gebieten des Rechtslebens geändert.



Während eines Besuches in der französischen Hauptstadt traf Bundesfinanzminister Dr. Schäfer mit seinem französischen Ministerkollegen Maurice Pétion (links) in dessen Finanzministerium zusammen, um allgemeine finanzpolitische Probleme zu erörtern.

Starker Beifall für Schuman

Paris (dpa). Die Montan-Debatte in der französischen Nationalversammlung gestaltete sich zu einer starken Vertrauenskundgebung für Außenminister Robert Schuman. Seine Ausführungen wurden wiederholt durch starken Beifall von den Banken der Sozialisten bis zur äußersten Rechten unterbrochen. Schuman betonte gegenüber seinen Kritikern, daß er keine Abenteuerpolitik betreiben und nicht auf Sicherungen verzichten. Jede kühne Politik bringe Risiken mit sich.

Der Papst mahnt zum Frieden

„Nicht mit Waffen, sondern mit der Wahrheit die Völker gewinnen“

Vatikanstadt (UP). Papst Plus XII. mahnte die Katholiken der Welt in einer am Mittwoch veröffentlichten Enzyklika, in ihren Gebeten um Frieden nicht nachzulassen. Wie von zuständiger Seite des Vatikans dazu verlautet, hat sich der Papst durch die Ereignisse in Korea dazu veranlaßt gesehen, diese Enzyklika zu verlesen. Sie trägt das Datum vom 19. Juli. Der Heilige Vater erklärt in dieser Enzyklika, mit größter Sorge beobachtet er, wie sich dunkle und drohende Wolken über der Welt zusammenziehen. Seine Freude über die Pilgerscharen, die in diesem Jahr nach Rom strömen, werde durch die sozialen Spannungen und die politischen Differenzen getrübt.

Die Verfolgung der katholischen Kirche in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang wird vom Papst in der Enzyklika scharf verurteilt, während er die Beschuldigung, daß die Kirche einen neuen Weltbrand anzufachen wolle, zurückweist. „Weder in alten noch in neuen fern zurückliegenden Zeiten hat es an jenen gefehlt, die Völker mit Waffengewalt unterjochen wollten. Doch niemals haben wir davon abgesehen, Uns für einen wirklichen Frieden einzusetzen. Nicht mit Waffen, sondern mit der Wahrheit will die Kirche die Völker gewinnen und sie zu Tugend und einem anständigen sozialen Zusammenleben erziehen. In nicht wenigen Ländern wird aber nicht die Wahrheit, sondern die Lüge unter dem Deckmantel der Vernunft dargeboten.“

Die Probleme, die die einzelnen Nationen trennen, können auf diese Weise nicht gelöst werden, noch könne es gelingen, die arbeitenden Massen in eine bessere Zukunft zu führen. „Haß hat nie etwas Gutes hervorgebracht, ebensowenig, wie Lügen und Verwirrung. Zweifellos ist es notwendig, den bedrückten Menschen zu einer menschenwürdigen Lage zu verhelfen, doch nicht mit Gewalt oder Agitation, sondern mit gerechten Gesetzen.“

Zur Kriegsgefahr sagte der Papst (obwohl er Korea nicht namentlich erwähnte): „Der Krieg bringt, wie wir alle nur zu gut wissen, nichts als Ruin, Tod und Elend jeder Art. Im Laufe der Zeit sind durch die Technik mörderische und unmenschliche Waffen entwickelt worden, die nicht nur Städte, Ortschaften und Dörfer, nicht nur die Schätze der Religion, der Kunst und der Kultur, sondern sogar die unschuldigen Kinder mit ihren Müttern, die Kranken und wehlosen Alten vernichten können. Alles Schöne, Gute und Gesunde, das der menschliche Geist hervorgebracht hat, alles das, oder fast alles das, kann zerstört werden.“

Wenn heute daher dem unvoreingenommenen Beobachter vor allem der Krieg als etwas Schreckliches und Tödliches erscheint, dann ist zu hoffen, daß durch die Kraft aller und bei-sonders der Beherrscher der Völker die dunklen und drohenden Wolken, die gegenwärtig die Ursache solcher Befürchtungen sind, vertrieben werden und endlich Frieden unter den Völkern einzieht.“

Partisanen bedrohen Pusan

Amerikaner fangen rote Angriffsspitze an der Südküste ab

Tokio (UP). Nordkoreanische Freischärler sind nach Mitteilung eines militärischen Sprechers wenige Kilometer vor dem südkoreanischen Hafen Pusan aufgetaucht. Pusan ist der einzige bedeutende Nachschubhafen der amerikanischen Truppen. Der Sprecher fügte hinzu, auch in flüchtigen Kampfbereichen Südkoreas seien kommunistische Banden hinter den amerikanischen Linien tätig. Die Freischärler im Raum von Pusan wollten wahrscheinlich versuchen, die wichtige Eisenbahnlinie zu zerstören, auf

der Nachschub und Verstärkung den amerikanischen Fronttruppen zugeführt werde.

Amerikanische Truppen haben sich am Mittwoch den an der südkoreanischen Küste vor- dringenden kommunistischen Einheiten entgegen- gestellt und eine nordkoreanische Vorhut hundert Ki- lometer vor dem Hafen Pusan zurückgeschlagen. Mit Unterstützung von Düsenjägern trieben die amerikanischen Infanteristen die Nordkoreaner wieder aus der Stadt Hadong hinaus. Die Ame- rikaner marschieren auf Häfen an der Südküste zu. Im Raum von Yongdong haben sich die Ver- bände der ersten Kavallerie- und der 25. In- fanterie-Division etwa acht Kilometer nach Westen an den Kumflüß und nach Nordosten zurück- gezogen. Die Vereinigten Staaten wollen not- falls 500 000 Mann nach Korea entsenden, um im nächsten Frühjahr eine gewaltige Offensive zu unternehmen.

Truman unterzeichnet Militärhilfe

Washington (UP). Präsident Truman unterzeichnete am Mittwoch ein Gesetz über die Rate des Waffenhilfsprogramms für das zweite Jahr in Höhe von 1 222 500 000 Dollar. Er bezeich- nete diese Maßnahme als einen weiteren Schritt, „die Aggression niederzuwerfen, sollte sie kommen“. Nächste Woche wird Truman wahrscheinlich um eine Erhöhung der Waffen- hilfe um rund fünf Milliarden Dollar ersuchen.

und 19000 Flugzeugen. Aber auch Eng- land zählt 400 000 aktive Soldaten und könnte im Ernstfall vier Millionen mobilisieren. Die industriellen Reserven sind bedeutend, und die Panzerproduktion wurde jetzt schon auf volle Touren gebracht.

Das alles erkannte Churchill als Redner der Opposition auch wohlwollend an. Nachdrück- lich aber wandte er sich dagegen, daß nach der Darstellung des Kriegsministers die Gefahr der bolschewistischen Aggression über Nacht herein- gebrochen sei. Europa steht seit drei Jahren im Schatten der russischen Drohung. Und was noch schlimmer ist, der Westen hat gewußt, daß ein Unwetter dicht hinter dem Eisernen Vorhang zusammenzog oder mindestens es hätte es wissen müssen. Gerade aber Shinnell und sein enger Freundeskreis betrieb solange die Politik des appeasement, des Beschönigens, Beschweigens und Vertuschens, daß der grausige Ernst der Lage erst in letzter Minute erkannt wurde.

Man hat solange auf das zerschlagene Deutsch- land gestarrt und die Welt mit der lächerlichen Fratze eines Neonazismus gescheut, den es nie- mals gegeben hat, daß man darüber den Auf- marsch der roten Panzerarmeen über sah. Gott- lob, es ist noch nicht zu spät. In Korea hat Mos- kau sich selbst demaskiert. Hoffen wir, daß man aber auch die Zeichen der Zeit versteht, die in zwölfter Stunde gebieterisch fordern, Deutsch- land mit allen Rechten einer staatlich organisierten Nation, auch mit dem Recht auf Sicherheit, wie der zur europäischen Völkerfamilie zuzulassen.

Vereinte Nationen halten zusammen

Acheson sehr erfreut über militärische Hilfsangebote aus aller Welt

Washington (UP). Die immer zahlreicher werdenden Angebote militärischer Hilfe seien für die UNO-Aktion in Korea von größter po- litischer und militärischer Bedeutung, erklärte Außenminister Acheson bei seiner turnusmäßi- gen Pressekonferenz vom Donnerstag. Die USA seien die Antwort der anderen Nationen an UNO-Generalsekretär Trygve Lie sehr erfreut. Lie überweise alle Hilfsangebo- te an die Vereinten Nationen, da diese den Ober- befehl der UNO-Streitkräfte in Korea über- nommen haben.

Die Vereinten Nationen haben am Mittwoch bekanntgegeben, daß sie zur Unterstützung der

amerikanischen Streitkräfte Landtruppen nach Korea entsenden wollen. England wird eine Brigade von 3500 bis 4000 Mann mit Waffen, Artillerie und Technikern bereitstellen. Rund 4500 „bestausgerüstete Soldaten“ sind von der Türkei angeboten worden. Die australische Regierung gab die Zahl ihrer angebotenen Trup- pen nicht bekannt. Neuseeland ruft schon Frei- willige auf, denen wahrscheinlich auch Artillerie beigegeben wird.

Acheson gab bekannt, daß die amerikanische Regierung einen Vorschlag erwäge, vom Kon- zert einen Zusatz zur Marshallplan-Gesetz- gebung zu verlangen. Durch diesen Zusatz sol- len die Länder, die Marshallplanhilfe empfan- gen, ermächtigt werden, ihre „Gegenwertmittel“ für den Aufbau der Verteidigung zu ver- wenden.

Die Bombe ist geplatzt

Es war kein Anschlag auf das Sowjetehrenmal

Berlin (UP). Die vor einigen Tagen unweit des sowjetischen Ehrenmals im Tiergarten (britischer Sektor) aufgetauchte Fliegerbombe aus dem letzten Krieg wurde Mittwoch nachmittag endgültig von britischen Pionieren und Feuer- werkern gesprengt, nachdem sie vorher noch etwa 200 Meter vom sowjetischen Ehrenmal fortgezogen worden war. Es entstanden kei- nerlei Schäden. Die Sowjetbehörden hatten sich mehrere Tage geweigert, dieselbe Mittwoch nachmittag Sprengung zuzulassen, da sie hier von einer Beschädigung des sowjetischen Ehrenmals be- fürchteten.

Ehe die Sprengung stattfand, stocherten die Sowjet-Offiziere mit langen Ständen in dem Strohhaufen herum, in dem die Bombe gebettet lag. Anscheinend wollten sie sich davon über- zeugen, daß keine weiteren Explosivkörper dem Stroh versteckt waren, um das Sowjet- Ehrenmal bei der Explosion zu beschädigen. Während sie den Strohhaufen untersuchten, wollte der Kameramann einer amerikanischen Fernsehgesellschaft sie fotografieren. Einer der Sowjetoffiziere kam sofort herübergelaufen und schlug ihm ins Gesicht, wobei der Photo- graph an der Stirn verletzt wurde. Ein Photo- graph wollte diesen Zwischenfall fotografieren, wurde aber von einem britischen Offizier daran gehindert. Durch die Explosion wurde das Sowjetehrenmal lediglich mit Erde und Staub bespritzt.

Generalstreik in Lüttich

Sozialisten veranstalten „Super-Massendemonstration“ gegen Leopold

Lüttich (UP). Die leopoldfeindliche Streik- bewegung hat am Mittwoch auch die viergrößte Stadt Belgiens erfaßt. Die Industriestadt Lüt- tich mit ihren 450 000 Einwohnern ist die erste belgische Stadt, in der aus Protest gegen die Rückkehr Königs Leopolds ausgerufenen Ge- neralstreik im Laufe des Mittwoch nachmittag hundertprozentig wirksam wurde.

Tausende Bergarbeiter haben die Gruben ver- lassen. Von einigen Bergwerken wird berich- tet, daß sie vor dem Streikbeginn von den Ar- beitern unter Wasser gesetzt wurden. In 16 Gruben haben selbst die Sicherheitswachen ihre Arbeitsstellen verlassen.

In allen Städten Belgiens sind im Laufe des Mittwoch Plakate aufgetaucht, die die Bevölke- rung aufrufen, sich am Donnerstag an großen Anti-Leopolddemonstrationen in Brüssel zu be- teiligen. Es ist eine „Super-Massendemonstra-

tion“ geplant. Die Häuserwände werden gegen- wärtig mit Plakaten beklebt, die die Aufschrift führen: „Leopold ist nicht mehr König der Bel- gier“.

Im allgemeinen herrscht in den Städten Ruhe. Die Streikenden beherrschen sich diszipliniert, lassen aber erkennen, daß sie entschlossen seien, solange zu streiken, bis Leopold abge- dankt habe.

Beide Häuser des belgischen Parlaments sprachen dem Kabinett Duveusart am Mittwoch er- neut das Vertrauen aus.

Im scharfen Gegensatz zu dieser Streikaktion und den immer zahlreicher werdenden Sabo- tageakten stand am Mittwoch nachmittag eine aus allen Teilen Flanderns kommende Kraft- wagenprozession, mit der Anhänger König Leo- polds große Mengen Blumen zum königlichen Palast nach Laeken brachten.

Britische Landstreitmacht nach Korea

Verteidigungsdebatte im Unterhaus — England will keine deutschen Soldaten oder Waffen

London (UP, dpa). „Die Sowjetunion unterhält eine Armee von rund 75 aktiven Di- visionen, von denen etwa ein Drittel motorisiert und mit Panzern ausgerüstet ist, wobei rund 25 000 Tanks in Dienst stehen. Ein beträchtlicher Teil davon ist kampfbereit in der sowjetischen Zone Deutschlands stationiert.“ Mit dieser Erklärung eröffnete der britische Verteidigungsminister Emanuel Shinwell am Mittwochnachmittag die Verteidigungs- debatte des britischen Unterhauses.

Die britische Regierung beschloß ferner am Mittwoch, Landtruppen nach Korea zu ent- senden und damit den Streitkräften der Vereinten Nationen beim Zurückdrängen der nord- koreanischen Angreifer zu helfen. Die britische Regierung werde Infanterie-, Artillerie- und Pioniereinheiten nach Korea schicken. Shinwell bezeichnete das britische Kontingent als „wirksame Landstreitmacht“.

Kurz vorher war bekanntgegeben worden, daß die britische Fernostflotte in den Zustand voller Bereitschaft versetzt werden wird.

Shinwell lehnte es ab, Einzelheiten bekannt- zugeben, die dem Angreifer nützen könnten, aus seiner Äußerung ist jedoch zu entnehmen, daß eine Brigade von 3500 bis 4000 Mann nach Korea gehen wird. Sollte es sich als notwendig herausstellen, meinte Shinwell, müsse die Truppe noch verstärkt werden.

Shinwell erklärte weiter, die britische Re- gierung lehne auch weiterhin die Wiederauf- stellung Deutschlands ab. Nur durch eine gemei- same Entscheidung der Alliierten könne diese Politik geändert werden. „Wir erkennen die natürliche Besorgnis der deutschen Bevölkerung über den Verteidigungszustand ihres Landes an. Es ist vorgeschlagen worden, den deutschen Bei- trag aktiver zu gestalten und ein deutsches Kon- tingent in die Verteidigungsstreitmacht des Westens aufzunehmen. In Ueberreinstimmung mit ihren Alliierten hat die britische Regierung wiederholt die Wiederaufstellung Deutschlands abgelehnt. Jede Änderung dieser Politik müßte das Ergebnis einer gemeinsamen alli- ierten Entscheidung sein.“

Shinwell sagte, Großbritannien wisse aller- hand über die Vorbereitungen, die die Sowjet- union hinter dem Schleier ihrer Friedenspropa- ganda betreibt. Allerdings wolle er nicht alle Informationen bekanntgeben. Gewiß sei, daß die Sowjetunion dreizehn Prozent ihres Natio- naleinkommens für Rüstungszwecke ausbeut. Die Sowjetunion hat 2,8 Millionen Mann unter Waffen und könnte diese Zahl durch eine Mobi- lisierung verdoppeln. Unterstützt wird diese Streitmacht durch etwa 19 000 Militärfahrzeuge, darunter neueste Düsenbomber und -Jäger.“

Churchill hat es kommen sehen

Winston Churchill beriefte als Sprecher der Opposition die Entscheidung der Regie- rung, Churchill betonte: „als Mitglied der Vereinten Nationen befinden wir uns mit der Republik von Nordkorea im Kriege“. Die Opposition, versicherte er, werde die Regie- rung in allem unterstützen, was zur Verlei-

gung notwendig sei. Churchill kritisierte Je- doch Verteidigungsminister Shinwell wegen dessen Ausführungen und Vorschläge, die „am besten als Vorbegehungen“ Shinwell habe den Eindruck erweckt, als sei die sowjetische Drohung über Nacht aufgekommen. In Wirk- lichkeit sei diese Drohung „in den letzten drei Jahren aufgebaut worden“. Während die alliierten Streitkräfte eingeschränkt worden seien, habe die Sowjetunion ihre Streitmacht weiter erhalten und mit allen Mitteln ver- stärkt.

Das Tagesgespräch

pr— Nachdem zwei britische Dominions, Australien und Neuseeland, ferner die Türkei und Siam sich entschlossen haben, Landreit- kräfte nach Korea zu entsenden, hat auch Groß- britannien sich dieser Notwendigkeit gebeugt. Die Welt soll sehen, daß die Vereinigten Staaten nicht ihre eigenen Interessen in Korea vertreten, sondern im Namen der Vereinten Nationen für alle freien Völker der Welt kämpfen, und den amerikanischen Soldaten soll das Gefühl gegeben werden, daß sie nicht allein stehen. Wenn die Unterstützung zunächst auch nur symbolischen Charakter tragen kann, wird ihre moralische Wirkung auf die asiatischen Völker doch be- trächtlich sein. Denn jetzt entfällt das Argument der roten Propaganda, der Einsatz Amerikas stelle eine Einmischung des „Dollarimperialis- mus“ in die inneren Angelegenheiten eines zur nationalen Einheit zurückstrebenden asiatischen Landes dar.

Die Unterhausdebatte, in der Shinwell Eng- lands Bekenntnis zur vollen Waffenbrüderschaft mit den Vereinten Nationen bekanntgab, bean- sprucht auch darum unser höchstes Interesse, weil der Kriegsminister eine Gegenüberstellung der bolschewistischen und der westlichen Streit- kräfte vornahm. Im Licht der nüchternen Zahlen verliert die Kampfkraft der Roten Armee viel von ihrem Schrecken. Gewiß, die Sowjetunion ist stark: mit ihren 2,8 Millionen unter den Waffen stehenden Soldaten, mit ihren 25000 Panzern

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Seit über 75 Jahren

Nürnberg und die Folgen

pr - Die größte Schweizer Zeitung brachte vor einigen Tagen einen Leitartikel „Korea — Rache für Nürnberg“. An die Spitze ihrer Ausführungen stellt sie eine Stimme aus dem Publikum: „Was den Amerikanern heute in Korea passiert“, wurde dem Verfasser von einem Bekannten „mit einem Unterton von Befriedigung, ja fast von Triumph“ gesagt, „das ist einfach die Rache für Nürnberg. Man kann eben nicht die deutschen Generale hängen, weil sie in Hitlers Auftrag den zweiten Weltkrieg vorbereiteten, und dann von den eigenen Generalen fordern, sie sollen selber den dritten Weltkrieg vorbereiten. Das haben sie natürlich, nachdem sie gesehen haben, wie man in Nürnberg ihre deutschen Kollegen bestraft, nun auch wunschgemäß unterlassen, und die Folge ist der koreanische Überraschungserfolg“.

Die Argumentation ist so schlüssig daß sie jenes leicht erschrockene Staunen auslöst, mit dem man das Innere einer einfachen Wahrheit zu erleben pflegt. Indem die Sieger die Besiegten in Nürnberg nicht mehr nach dem alten Rechtsgrundsatz rühten: „Nulla poena sine lege“ — keine Strafe, die nicht im Gesetz vorgesehen ist — bekannten sie sich zu der These „Recht ist, was der Gemeinschaft nützt“. Zu eben dem auf die kürzeste Formel gebrachten Unrecht, daß beide Diktaturen, die braune und die rote, in Massenexekutionen geübt hatten, um ihre Macht zu behaupten. Damals wurde die Axt an die Wurzel unseres abendländischen Daseins gelegt: Die Mächte, die gegen Hitler ins Feld gezogen waren, weil er die Wert- und Rechtsvorstellungen verriet, nach denen die christlich-abendländische Menschheit zweitausend Jahre lang gelebt hatte, taten es ihm nach und suchten ihn in Pathos und Selbstgefälligkeit fast noch zu übertreffen.

Die Wirkungen der Nürnberger Urteile waren nicht darauf beschränkt, die westlichen Kriegsminister und Heerführer in ihrer Sicherheit zu erschüttern. Das geschah allerdings. Weder Amerikas, noch Englands und Frankreichs Staatsmänner wollten sich die Blöße geben, als Wegbereiter eines dritten Weltkrieges zu gelten, wie man es ihnen sicherlich vorgeworfen hätte, wenn sie die Rüstung auf der ganz unverblühten Vorbereitungen der Sowjets und ihrer Satelliten abgestimmt hätten. Sie fürchteten die öffentliche Meinung und unterbewußt vielleicht auch das Tribunal, das nach den gleichen Grundsätzen, die den Nürnberger Richtern zur Begründung ihrer Urteile gedient hatten, den Stab über den Besiegten brechen würde.

Viel schlimmer als das aber war die Welle der Unsicherheit, des Mißtrauens, des lebensfeindlichen Pessimismus, die sich nach dem Krieg über die westliche Welt, besonders über die Jugend, die deutsche, aber auch über die Jugend der Siegernationen, hinwegwälzte. Die seelische Anfalligkeit breiter, dem Kommunismus eigentümlich fremder Schichten gegenüber den Schlagworten des roten Pseudopazifismus hat hier seine Wurzel. Die Preisgabe der tragenden Rechtsgedanken unserer Kultur, für die „Nürnberg“ ja nur als Symbol genannt werden kann, während die Praxis der Unrechtsurteile an den Besiegten noch viel weiter ging und annähernd etwa am Beispiel der Flüchtlingsschiffe, der Zerreißen Deutschlands, der Oder-Neiße-Grenze usw. sichtbar zu machen ist: die erst nachträglich gemilderte Rechtswillkür der Sieger hat eine fatale Bumerangwirkung gehabt. Der Westen hat seine innere Sicherheit verloren. Namentlich die Amerikaner muß-

Vom Steuerwasser zum Friedensbier

Die Biersteuer brachte im Rechnungsjahr 1937/38 beinahe 500 Millionen RM. 1948 war es nur noch ein winziger Bruchteil dieser Summe. Diese für den Fiskus wenig erfreuliche Erscheinung hatte zwei Gründe: Die alliierte Kontrollkommission hatte die Biersteuer 1946 auf eine phantastische Höhe festgesetzt. Bis zu 118 RM waren für den Hektoliter zu bezahlen, und das bedeutete ein Mehrfaches der Herstellungskosten. Zudem war das Bier von einer derartigen Bodenständigkeit, daß jedermann es vorzog, seinen Durst mit wohlsmekenden Flüssigkeiten als mit diesem „Steuerwasser“ zu löschen. Der Bierkonsum ging also mehr und mehr zurück. Erst seit Anfang 1950, als sich die Erhöhung des Stammwürzegehaltes auswirkte, trat eine leichte Besserung ein. Wenn nun endlich, nach jahrelangem Hin und Her, der Bundestag eine Gesetzesvorlage angenommen hat, die durch Senkung der Steuer und einen Preisnachlaß der Brauereien den Bierpreis so festsetzen konnte, daß auch breite Bevölkerungsschichten sich wieder dem altbeliebten Genußmittel zuwenden können, so war hierfür keineswegs zarte Rücksichtnahme auf den traditionellen Durst der Bayern und anderer Deutscher maßgebend. Der Fiskus will endlich wieder friedensmäßige Einkünfte aus der Biersteuer sehen.

Dazu aber ist eine Ausweitung des Konsums notwendig. Dafür ist wieder Vorbedingung, daß das Bier billiger wird. Und eine Verbilligung konnte nicht stattfinden, ehe nicht die Steuersätze gesenkt und ehe sich nicht die Brauereien oder Gaststätten zu Preiszugeständnissen entschlossen. Ge-

rade der letzte Punkt hat mehr Schwierigkeiten gemacht als die steuerliche Seite der Angelegenheit. Auch die Brauer und Wirte hatten selbstverständlich ein Interesse an der Hebung des Bierkonsums. Sie riefen deshalb unisono nach einer Senkung der Biersteuer. Weniger unisono war ihre Auffassung über ihren eigenen Beitrag zur Preissenkung. Jede Partei wollte der anderen den Vortritt lassen. Die Brauereien beschuldigten die Gastwirte, einer zu hohen Gewinnspanne; diese wieder meinten, die Brauereien könnten etwas von ihren Preisen nachlassen; sie hätten guten Grund, gegen die Freigabe des Bierpreises — der immer noch gebunden ist und damit so etwas wie einen Fremdkörper in der heutigen sozialen Marktwirtschaft darstellt — zu sein, weil die wirklich freie Konkurrenz bald zu einem Nachgeben der Brauereipreise führen werde. Auch zwischen diesen Parteien, die sich vornehmlich in Bayern „blutig“ be-

kämpften, konnte schließlich eine Einigung zustandekommen. Es bleibt noch für ungefähr ein Vierteljahr bei den jetzt neu festgesetzten Höchstpreisen, damit sich ein Konsumpreis einspielt, der die Gewähr dafür gibt, daß der Steuernachlaß den Konsumenten und nicht etwa den Brauereien oder Gastwirten zugutekommt. Damit wäre dann allen gedient. Der Biertrinker käme wieder zu einem trinkbaren Stoff; denn der Stammwürzegehalt soll 11 bis 14 Prozent betragen, was einem Alkoholgehalt von rund fünf Prozent entspricht. Die Gaststätten können mit einem größeren Verbrauch und einem entsprechend gehobenen Umsatz rechnen. Die Brauereien haben Aussicht, allmählich wieder auf den Friedensstand ihrer Produktion zu kommen; heute stoßen sie nur 25 bis 75 Prozent ihrer Friedensquantitäten aus. Und der Fiskus sieht schon händeringend den Strom der Millionen in seine Steuerkasse fließen. . .

Die Finanzen des Bundes sind erschöpft

3,5 Milliarden D-Mark benötigen die Kriegssopfer - 750 Millionen Wartegelder

Bonn (UP, dpa). Auf 3 bis 3,5 Milliarden D-Mark beziffert der Bundesminister Storch am Mittwoch den Betrag, der vom Bund für die Durchführung des vom Kabinett am Dienstagabend verabschiedeten Bundesversorgungsgesetzes zur Verfügung gestellt werden muß. Damit sind nach Ansicht des Ministers aber auch die Finanzen des Bundes völlig erschöpft.

Der Kreis, der als Kriegssopfer anerkannten Personen umfasse im Bundesgebiet zur Zeit etwa 3,7 Millionen Menschen, mit einem Ansteigen auf rund 4 Millionen sei jedoch nach der Erfassung aller Kriegssopfer zu rechnen.

Durch das neue Versorgungsgesetz für Flüchtlinge und frühere Wehrmachtsbeamte werden die Beamtengehälter und -pensionen

im Bundesgebiet um drei Prozent durch eine neue Steuerbelastung gekürzt. Diese Maßnahme ist nach den Angaben von Bundesminister Heilmann notwendig, um die 750 Millionen D-Mark aufzubringen, die für die Zahlung von Pensionen und Wartegeldern erforderlich sind. Von diesen 750 Millionen D-Mark bringe der Bund allein 650 Millionen D-Mark auf. Die restlichen 100 Millionen D-Mark werden durch die Gehaltskürzungen der Beamten ausgleichend.

Höhere Besatzungskosten?

Paris (dpa). Die deutschen Besatzungskosten werden an absehbarer Zeit im Zusammenhang mit der stärkeren Belegung des westdeutschen Raumes durch alliierte Truppen voraussichtlich heraufgesetzt werden, erklärte am Mittwochabend der amtliche Sprecher des Quai d'Orsay. Die Besatzungskosten, die Deutschland zur Zeit aufbringe und in Zukunft aufzubringen haben werden, seien als deutscher Anteil an der Verteilung Westeuropas und damit auch des deutschen Bodens anzusehen. Nach französischer Auffassung werde jeder Deutsche lieber mehr als weniger alliierte Divisionen auf deutschem Boden sehen, wenn auch die Vermehrung der alliierten Truppen größere Lasten mit sich bringe. Nicht nur die deutschen Lasten steigerten sich, sondern auch die aller anderen westeuropäischen und darüber hinaus der atlantischen Staaten.

Hohe Geldstrafen im Schleifmittelprozess

Alle Angeklagten bekannten sich schuldig - Unwissenheit und Handelsbrauch

Frankfurt (UP). Zu 140 000 D-Mark Geldstrafe verurteilte am Dienstagvormittag das amerikanische Bezirksgericht der alliierten Hochkommission in Frankfurt die wegen Verletzung der Dekontaminierungsbestimmungen angeklagten fünf Fachverbände der deutschen Schleifmittelinindustrie und fünf ihrer leitenden Angestellten, nachdem diese sich vor Gericht entgegen ihrer am siebzehnten Juli abgegebenen Erklärung in allen Angelegenheiten für schuldig bekannt hatten.

Namens seiner Mandanten erklärte der deutsche Verteidiger, Dr. Rudolf Müller, die Angeklagten hätten sich in der Zwischenzeit die Vorgänge nochmals überlegt und seien bereit, ihre Nichtschuld-Erklärung vom siebzehnten Juli zu widerrufen.

Die Angeklagten waren erstens beschuldigt worden, Preise, Rabatte und Diskontsätze im Handel mit Schleifmitteln im In- und Ausland festgesetzt und zweitens mit französischen Schleifmittelfabrikanten eine Kartellsprache eingegangen zu sein.

Im einzelnen erhielten die Verbände für jeden Angeklagten eine Strafe von je fünf- und zwanzigtausend D-Mark, die in allen zwei Punkten für schuldig befundenen Angestellten Paul Nordmann, Hans Brauer und

„Mitbestimmung ist Vetorecht“

Bonn (UP). Kaum 24 Stunden bevor der Bundestag seine erste Debatte über das Mitbestimmungsproblem eröffnet, haben die Vertreter der Unternehmensverbände vor der Presse in Bonn ihren Standpunkt in dem Wort zusammengefaßt „Mitbestimmung bedeutet Vetorecht“ und gleichzeitig bekanntgegeben, daß die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine Lösung des Gesamtkomplexes abgebrochen worden seien.

Während nach den Angaben der Unternehmer bei der überbetrieblichen Mitbestimmung eine Einigung erzielt werden konnte, sind sich die Sozialpartner hinsichtlich der innerbetrieblichen Mitbestimmung noch nicht einig geworden.

Die Unternehmer wenden sich vor allem gegen eine Beteiligung des Eigentumsbegriffs und die Einführung eines Vetorechts im Betriebe. Diese Gefahr sei durch die von den Gewerkschaften geforderte paritätische Besetzung von Aufsichtsräten und den Wunsch nach Bildung von Wirtschaftsausschüssen im Betrieb gegeben.

Von Tag zu Tag

Der CDU-Zonenausschuß teilte mit, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer den französischen Beauftragten für den Schuman-Plan, Monnet, Anfang nächster Woche in seinem Schweizer Erholungsorort empfangen wird.

Bonner diplomatische Kreise sehen es als sicher an, daß der frühere ständige Delegierte der Reichsregierung in Gené, Kurt von Kampheverner, das Generalkonsulat der Bundesrepublik in Ankara (Türkei) übernehmen wird.

Die Kölner Gewerkschaften haben für Donnerstag 14 Uhr zu einem einstündigen Warnstreik aufgerufen. Sie wollen damit gegen die Preisentwicklung protestieren.

Der Rat der alliierten Hohen Kommission wird auf seiner Sitzung am Donnerstag die Antworten auf den Fragebogen des Londoner Studienausschusses für die Revision des Besatzungsstatutes beraten.

Bundesverkehrsminister Seebach hat am Mittwoch eine Unterredung mit dem Transportausschuß der alliierten Hohen Kommission auf dem Petersberg. Unter anderem wurde über die allgemeine Lage der Bundesbahn gesprochen.

Vizekanzler Blücher erklärte am Mittwoch, der Bundesregierung sei nichts über die Elberndorfer Anwärter für die Luftstreitkräfte der französischen Fremdenlegion bekannt geworden.

Im alliierten Sicherheitsdienst liegt eine namentliche Liste von rund zwei Dutzend Personen vor, die der Vorsitzende der Eisenbahngewerkschaft Deutschlands, Jahn, als kommunistische Sabotage-Agenten bezeichnet hatte.

Der sowjetische Sonderbotschafter in Berlin, Semjonow, hat dem KPD-Vorsitzenden Max Reimann neue Richtlinien für die Arbeit in der Bundesrepublik gegeben.

In Karlsruhe ist am Dienstag die bekannte katholische Dichterin Elisabeth Langgässer im 51. Lebensjahr plötzlich gestorben.

Wetter-Tipp

Wechselnd wolkig / Vereinzelt noch Regenschauer / Mäßig warm bei schwachen westlichen Winden / Weitere Aussichten: veränderlich, leichte Besserung.

ten erkennen, daß die Zersetzung der politischen und moralischen Wertvorstellungen bis hoch in die Spitzen der geistigen Elite vorgedrungen war. Von der laxen Moral und der panischen Angst führender europäischer — auch westdeutscher — Wirtschaftskreise vor den Sowjets ganz zu schweigen.

Der inneren entsprach präzise die äußere Unsicherheit, dem psychologischen Unverbreitetsein des Versagens des militärischen Nachrichtendienstes und der Rüstung. Als in der schicksalsschweren Samstagsnacht des Koreaüberfalls der dienstunfähige Beamte des amerikanischen Staatsnachrichtendienstes Vorgesetzten aus dem Bett klingelte, war der nur ärgerlich über die Störung und wollte die Hubschrafter nicht glauben. Acheson kehrte erst am Sonntagmittag und Truman ganze 29 Stunden nach dem Einmarsch der roten Divisionen in die Bundeshauptstadt zurück. Man wollte es einfach nicht wahrhaben. Man glaubte, sich noch Jahre der völligen Sicherheit erfreuen zu können. Der Fahrplan des „National Security Resources Board“, des Rüstungsamtes, operiert infolgedessen mit einer Anlaufperiode von sechs Monaten, wenn man den Ankündigungen des Verteidigungsministers Louis Johnson glauben soll, sogar von 12 bis 24 Monaten, um die Industrie von Friedens- auf Kriegsp Produktion umzustellen. Allerdings sind noch Tausende von Panzern und Flugzeugen „eingemottet“, ganze Flotten von Kriegsschiffen und Frachtern des zweiten Weltkrieges liegen in entlegenen Häfen vor Anker und können nach kurzer Ueberholung wieder in Dienst gestellt werden. Aber seit dem Waffenstillstand sind fünf Jahre vergangen, und die Rüstungswerke der Sowjetunion haben nicht gefeiert. . . . Tröstlich ist indessen, daß die amerika-

nische Industrie bereit und in der Lage ist, wenn es nottut, sehr schnell zu handeln. Die Lockheed-Flugzeugfabrik im San Fernando bei Los Angeles wartete nicht erst, bis sie den Auftrag erhielt, die Produktion ihrer schnellen F-84-Düsenjäger auf die Erfordernisse von 70 Luftgeschwadern abzustellen. Sie machte sich unverzüglich an die Arbeit und ließ, nachdem sie sich auf 24-Stunden-Schichten umgestellt hatte, ihren besten „trouble shooter“ zu der Motorenfirma Allison in Detroit fliegen, damit auch die Lieferung der notwendigen J 33-Motoren sichergestellt werde. Ein wertvoller Aktivposten der Rüstungsbilanz ist namentlich aber Stuart Symington, der jugendliche Leiter des Rüstungsamtes. Sein Plan M sieht vor, daß innerhalb kürzester Frist 30 000 amerikanische Unternehmungen für den Kriegsbedarf arbeiten, über den „Geisterkontrakte“ im Betrag von 16 Milliarden Dollar schon verteilt sind und „Phantomverträge“ im Werte von 41 Milliarden während der ersten sechs Monate nach dem Tag D an die Industrie weitergeleitet werden können.

Aber all diese Vorbereitungen hinken weit hinter den Anforderungen zurück, die sich in der bitteren Wirklichkeit des russischen Rüstungsstandes darstellen. Der Westen muß aufhören, der ganze Westen, zu dem auch Deutschland und seine Industrie gehören. Er muß, aber er kann doch nur tun in dem Bewußtsein, daß ein Strich unter die Vergangenheit gezogen wird, die mit ihrer Rechtsunsicherheit, Skepsis und Angst eine schwerere Bedrohung unseres Daseins war als die roten Panzer und Flugzeuge es heute sind, gegen die man doch Vorsorge treffen und, wenn alle Möglichkeiten der Friedenserhaltung erschöpft sind, sich zur Wehr setzen kann.

der Ministerpräsident der Düsseldorfer großen Koalition in einer Besprechung mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden Dr. Böckler unter anderem auch die Frage des Brotpreises erörtert habe. Dank einer Pannefolge seinem Dementi über die vermutete Erörterung der Koalitionsfrage ein Brief Dr. Böcklers auf dem Koalitionsbündnis „höchst unmißverständlich darauf hingewiesen wurde, daß die Düsseldorfer große Koalition um der Erhaltung des inneren Friedens willen fortgesetzt werden müsse. So war das Leitmotiv des jetzigen Bonner Parlamentstages alarmierend zuerst in Düsselndorf angekommen, und man kann, was sich in Bonn seit dem Urlaubsantritt des Kanzlers abgespielt, nicht verstehen, wenn man es nicht — wie in der eingangs geschilderten satirischen Zeichnung — auf dem Hintergrund der verschleppten Düsseldorfer Regierungsbildung sieht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß seine vielbeachtete und in Hannover überlieferte Unterstützung der Bundesregierung auf die elementaren außenpolitischen Fragen beschränkt sei. Nur ein unerschütterlicher Glaube an Seine Majestät den Zufall“ mag es nicht überraschend finden, daß gleichzeitig ein Generalangriff aller von den Kriegsfolgen beschwerten Gruppen auf den Bundesfinanzminister Dr. Schäffer einsetzte — ein Sturm, bei dem es aus allen Himmelsrichtungen so heftig blitzte, daß die Gewitter sich gegenseitig aufhoben und nur mit grellen Schlägen die Leere der Bundeskasse blöfelte. Unter dem Stichwort „Adenauerbrot“ wurden diese Agitationsströme des außerparlamentarischen Raumes kurz nach der Abreise des Kanzlers zusammengefaßt und von der SPD zur Wiedereinführung der Subventionspolitik benutzt, wobei Dr. Nöting seine Februarangriffe gegen die Arbeitslosenpolitik der Bundesregierung

so überhitzt aufwärmte, daß die SPD schließlich gezwungen war, durch Professor Dr. Bade einräumen zu lassen, daß der Ursprung der Arbeitslosigkeit strukturell bedingt sei.

Nun folgte eine Ueberraschung der anderen. Während die Risse in der Bonner Regierungskoalition eifrig kommentiert wurden, erklärte die nordrhein-westfälische FDP auf ihrem Landesparteitag in Köln, daß sie unter keinen Umständen an einer großen Koalition in Düsselndorf teilnehmen werde. Die Bundestagsfraktion der SPD antwortete mit dem Antrag, den vor allem von der FDP gestützten Wirtschaftsminister Dr. Erhard, der den Subventionsbescheid des Bundestages als „hysterisch“ bezeichnet hatte, abzuurteilen, und der Deutsche Gewerkschaftsbund legte mit seiner geharnischten Erklärung, daß er zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechtes alle gewerkschaftlichen Kampfmittel einsetzen werde, die bisher stärkste Mine gegen die Bonner Koalition. Daß die Sprengwirkung dieser Mine von Bonn nach Düsselndorf zielt, liegt deutlich genug zutage: was der SPD im Wahlkampf weder in Düsselndorf noch in Kiel gelang, soll nunmehr über die Sprengung der Bonner Koalition mit Hilfe der Gewerkschaften erreicht werden!

Aber, wie bei jedem Generalangriff, schossen die Gegner auch diesmal weit über das Ziel hinaus. Die Bundesregierung wird der SPD nicht den Gefallen eines „Adenauerbrot“ tun, und wer noch immer von den Erfolgschancen einer großen Koalition träumt, der halte sich das die SPD-Politik widerlegendes Ergebnis der Europa-Abstimmung von Castrop-Rauxel vor Augen, wo mitten im Kohlenpott bei einem überwältigenden Ja die Neinstimmen von 18. Juni erreicht haben. Das „nationale Glück“ einer großen Koalition hätte uns also — das läßt sich mit aller Sicherheit sagen — eine Regierung beschert, die alle Gegensätze

nach außen verwischt hätte, um sie desto schärfer innerhalb des Kabinetts, und zwar bis zur Lähmung der Initiative, zur Geltung zu bringen.“

150 000 000 Einwohner in USA

Am 1. April 1950 betrug die Gesamtbevölkerungszahl der Vereinigten Staaten (ohne Außenbesitzungen) 150,5 Millionen, wie Handelsminister Charles Sawyer bei der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung von 1950 bekanntgab.

Das sind nahezu 19 Millionen Menschen mehr als im Jahre 1940, als 131 689 275 Einwohner gezählt wurden.

Das Ergebnis für 1950 zeigt, daß sich die amerikanische Bevölkerung in den letzten 50 Jahren verdoppelt hat. Die Zunahme von 1940 bis 1950 ist die bisher stärkste in einem Jahrzehnt.

Kalifornien ist mit über 10 Millionen Einwohnern von der fünften auf die zweite Stelle gerückt. Es liegt damit knapp vor Pennsylvania, das auch über 10 Millionen Einwohner hat, und Illinois und Ohio mit 8,6 bzw. 7,9 Millionen Einwohnern.

New York liegt mit über 14 Millionen Einwohnern weiter an der Spitze. Dicht hinter Ohio folgt als sechster Staat Texas mit 7,6 Millionen Einwohnern. Die geringste Bevölkerungszahl weist Nevada mit nur 158 378 Einwohnern auf. Auch hier hält jedoch der Zuwachs, prozentual gesehen, Schritt mit der Entwicklung in den übrigen Bundesstaaten.

Die Zunahme wird auf zwei Gründe zurückgeführt: größerer Geburtenüberschuß als Folge von vermehrten Eheschließungen nach dem Kriege, und eine Abnahme der Sterblichkeitsrate durch verlängerte Lebenszeit.

Nur fünf Staaten haben Bevölkerungsverluste aufzuweisen: Arkansas, Mississippi, Nebraska, Nord-Dakota und Oklahoma.

Koalitionspolitische Hintergründe

Unter der Ueberschrift „Zwischen Kiel und Düsselndorf“ macht der durch seine guten Informationen bekannte Rheinische Merkur folgende Ausführungen:

„Als Bundeskanzler Dr. Adenauer seinen Genesungsurlaub in der Schweiz antrat, veröffentlichte eine nordrhein-westfälische SPD-Zeitung unter dem Titel „Sorgenvoller Urlaubsbeginn“ eine satirische Zeichnung, die auf dem verlassenen Arbeitsstisch des Kanzlers die unerledigten Sachen in dieser Reihenfolge zeigte: Bundesbahngesetz — Lastenausgleich — Fettsteuer — Brotpreis — Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen. Als wichtigste Akte sah man im Vordergrund vor dem verlassenen Großvaterstuhl den Fasizler „Erholung in der Schweiz“.“

Diese wenig geschmackvolle Satire gewinnt, wenn man sich der innenpolitischen Ereignisse seit der Abreise des Kanzlers erinnert, den Charakter eines unfreiwilligen Eingeständnisses über die koalitionspolitischen Hintergründe des in Bonn entfesselten parlamentarischen Sturmes. In der Tat: je länger sich die Regierungsbildung in Düsselndorf hinzieht, desto massiver werden — nach dem Gesetz der kommunizierenden Röhren — die Schwierigkeiten, die der Bundesregierung von der SPD in der Absicht, die Koalitionspartner auseinanderzureißen, in Bonn gemacht werden. Es bedarf, um hier die unterirdischen Zusammenhänge deutlich zu machen, nur der Erinnerung an die Februarkrise. Mit dem von Düsselndorf SPD-Wirtschaftsminister Dr. Nöting vorgetragenen Generalangriff auf die Bundesregierung wegen ihres angeblichen Versagens in der Arbeitslosenfrage wurde damals der Wahlkampf in Großbritannien gefüttert, um einen dadurch geförderten und erhofften Sieg der Labour-Party zu einem Koalitions-

wechsel in Bonn zu benutzen. Dann folgte im Juni der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, der nach dem Willen der SPD im größten Bundesland zu einem „verachtenden Urteil“ über die Politik der Bundesregierung führen sollte. Er brachte jedoch mit der Behauptung der CDU und der Verdoppelung der FDP eine überraschend klare Bestätigung der Bonner Koalition und daran anschließend ebenso überraschende Versuche, die klare Entscheidung der Wähler gegen die seitherige Düsselndorfer Koalition der CDU mit der SPD zu verdundeln. Drei Wochen später machte die Niederlage der SPD in Schleswig-Holstein, wo sie von bisher 43 Mandaten auf 19 zurückfiel, offenkundig, daß die beiden stärksten Bastionen der SPD-Opinion gegen Bonn — nämlich der überragende Einfluß in der Düsselndorfer großen Koalition und die Alleinherrschaft in Kiel — zusammengebrochen sind, nachdem die kombinierten Versuche der SPD, in Düsselndorf und Kiel ihre Herrschaftsstellung durch Vertagung der Wahlen zu verlängern, gescheitert waren.

Was in Kiel und Düsselndorf am Willen der Wähler scheiterte, soll nun in Bonn erreicht werden: nämlich die Erhaltung der verlorenen Positionen um jeden Preis. In zunehmendem Maße wurden dabei außerparlamentarische Hilfstrophen eingesetzt. Die gesamte Links- und Mitte bezeichnete die dem Wahlergebn entsprechende Verweisung der nordrhein-westfälischen SPD in die Opposition als Vorstufe des innenpolitischen Belagerungszustandes, und der seitherige Hauptsprecher der „Zeit“ gab in seinem ersten Wochenendkommentar, der gleichzeitig in vier Zeitungen erschien, das Stichwort aus, es sei „ein nationales Unglück“, daß wir in Bonn keine große Koalition hätten. Fast gleichzeitig wurde bekannt, daß



Der Zufall führt Marientberg, No. 69, front des K. schaut ungehindert. Schwestern sind Jahre nicht mit Wiedererbaubau.

Den Besuchern wenn er durch das sich dem anheimelt. So wartet. Und da aus dunklen Figur an der Weltgang. Nach der die Figur aus der Zeit, als der Augustiner alter bis zur

Rud. van Er

Das alte, w. Neuß hinaus u. bekannte und haus Rud. van. ten Krieg scheidung führte um die Jahrhu. tastrophe, die Erinnerung is. baut worden dern auch im. derne, vorteil dem ein Teil. Zeit in Benut. der rückwärts. schäftsstrich. räume erhuf. und damit die. ren. Damen- große, helle. Räumlichkeit. lichste ausg. Treppenaufg. steht jetzt v. nachdem bis. Nebenaufbau. Aufzüge ein. eingebaut. E. Michaelstraße. Der Wied. ses, das sch. ein gutes O. liche Aufwä.

Die Schill. Die Schiller. kleinen St. Schöndor. erft, Nord. erl. Bedeutu. krieges st. chen Stelle. Untiefe. hin, was d. Augenblick. Straßenstü. straße ein. Straßenstü. straße bei. Dampfwa.

Eine Stra. Ecke Fran. digste ist. Grünling. wendet. wurde fo. rigen A. ausgeföh. mittel er. mathebo. etwa 2 J.

Vorgest. Polizei ei. heit und

wurde ei. haft war. digste ist. Grünling. wendet. wurde fo. rigen A. ausgeföh. mittel er. mathebo. etwa 2 J.

Vorgest. Polizei ei. heit und

wurde ei. haft war. digste ist. Grünling. wendet. wurde fo. rigen A. ausgeföh. mittel er. mathebo. etwa 2 J.

Vorgest. Polizei ei. heit und

wurde ei. haft war. digste ist. Grünling. wendet. wurde fo. rigen A. ausgeföh. mittel er. mathebo. etwa 2 J.

orechtt

vor der Bun-
s Mitbestim-
Vertreter der
esse in Bonn
zusammenge-
forecht" und
die Verhand-
eine Lö-
prochen wor-

Unternehmer
immung eine
sind sich die
streblichen
geworden.
a vom allem
ntumsbegriffs
rechts im Ge-
von den Be-
Besetzung
sch nach Bil-
im Betrieb

2 das Bundes-
nen Beauftrag-
tomet, Anfang
er Erholungsort
as als sicher
erte der Reichs-
phoevenor, das
epublik in An-

für Donnerstag
nstreik auf
ie Preisentwik-

ommission wird
die Antworten
r Studienaus-
staltungsbe-
ratung

habe am Militä-
ransportauschub
ut dem Peters-
die allgemeine
nen.

Mittwoch, der
die Einberufung
streitkräfte der
bekannt ge-

gt eine nament-
e Personen vor,
nergewerkschaft
stische S abo-
e.

ip Berlin, Sem-
Max Reimann
eit in der Bun-

ie bekannte ka-
Langgässer im

rozeß
ndelsbrauch

punkt fünftau-

dreißigtausend

wurde für die

er und Brink-

ausgesetzt,

wei Jahren we-

Die Handels-

t der Jahrhun-

europäischen

ern auch von

ren begünstigt

AG Neuß, Nieder-

ung, Tel. 3933/3934,

erlagsleiter: Alfons

Gottschall, Chef-

Heiter Benbrook,

ephe Lange, Heinz

eb und Anzeigen:

Buchdruckerei AG,

el, DN 2 76 einschl.

Druckerei einge-

Schiffahrt keine

um sie desto

zur Geltung zu

er in USA

ie Gesamtbevöl-

Staaten (ohne

onen, wie Han-

bei der Ver-

Ergebnisse der

ntigab.

ionen Menschen

131 669 275 Ein-

gt, daß sich die

in den letzten

ie Zunahme von

ärkste in einem

0 Millionen Ein-

auf die zweite

amit knapp vor

vor 10 Millionen

en und Ohio mit

wohnern.

4 Millionen Ein-

tzte. Dicht hinter

ut Texas mit 7,6

geringste Bevöl-

mit nur 158 378

hält jedoch der

Aus der Stadt Neuß

Stille

Der Zufall führte uns dieser Tage zum Kloster Marienberg. Noch sind die Fenster in der Stra- ßenfront des Kapellenbaues leer, der Himmel schaut ungehindert in den Innenraum. Aber die Schwestern sind während der letzten schweren Jahre nicht müßig gewesen. Das beweisen die Wiederaufbauarbeiten an der Rheinstraße.

Den Besucher empfängt Stille und Frieden, wenn er durch die Klosterporte eintritt: ein beselam anheimelndes Gefühl der Geborgenheit, das sich dem von draußen kommenden Besucher mitteilt. So steht er denn einen Augenblick und wartet. Und da fällt sein Blick auf eine kleine, aus dunklem Holz geschnitzte Muttergottes- Figur an der weißlichen Wand über dem Treppen- gang. Nach der mündlichen Überlieferung soll die Figur aus Marienberg stammen, und zwar aus der Zeit, als das Haus noch unter der Leitung der Augustiner-Chorfrauen stand (spätes Mittel- alter bis zur Säkularisation im Jahre 1803).

Jedenfalls lassen Darstellung, Haltung und Aus- druck den Kenner nicht daran zweifeln, daß sie ein Kunstwerk aus dem Spätmittelalter ist.

Es ist die Muttergottes, dargestellt als Königin, die das gekrönte Haupt milde zu ihrem Volk hin- unterneigt. In stiller Erhabenheit hält sie das Zepter, auf ihrer Rechten trägt sie das göttliche Kind. So steht sie Jahrhunderte die Schutzherrin Marienbergs, wacht über dieses Haus, das zu ihrer und ihres Sohnes Ehre gegründet wurde.

Nebenbei über die Rheinstraße rumpeln die schweren Lastwagen, flutet der moderne Verkehr mit all seiner Geschäftigkeit und Unrast. Hier unter den Augen der Madonna ist friedvolle Stille.

Der Mensch sinnt nach, — daß Stille doch einmal gut tut. Stille und Ruhe einmal irgendwo anders; im Urlaub ja, aber nicht in einem „Aus- flugsort“, nein, irgendwo, wo auch das Herz und die Seele still und ruhig sein können. Und der Leib würde keinen Schaden daran nehmen. — P.

Neußer Nachrichten

Rud. von Endert schöner und größer

Das alte, weit über die Grenzen der Stadt Neuß hinaus und besonders auch im Landkreis bekannte und geschätzte Neußer Ausstellungs- haus Rud. von Endert am Markt hatte im letz- ten Krieg schwere Schäden erlitten. Ihre Besei- tigung führte dazu, daß das Geschäftshaus, das um die Jahrhundertwende nach einer Brandka- tastrophe, die den alten Neußern noch gut in Erinnerung ist, im Stilgeschmack jener Zeit er- baut worden war, nicht nur im Äußeren, son- dern auch im Inneren eine grundlegende und moderne, vorteilhafte Umgestaltung erfuhr. Nach- dem ein Teil des Geschäftshauses schon einige Zeit in Benutzung war, wurde dieser Tage auch der rückwärts gelegene Teil wieder in den Ge- schäftsbetrieb übernommen. Die Verkaufs- räume erfuhr eine beachtliche Erweiterung, und damit die Räume für die Abteilungen Her- ren-, Damen- und Kinderbekleidung. Es sind große, helle und geschmackvoll hergerichtete Räumlichkeiten geworden, die auf das neuzeit- lichste ausgestattet sind. Auch der große Treppenaufgang wurde neu geschaffen und steht jetzt wieder dem Käuferverkehr offen, nachdem bisher die Kundschaft nur durch einen Nebenaufgang geschleust werden konnte. Neue Aufzüge und Toilettenanlagen sind gleichfalls eingebaut. Ein weiterer Ausbau des Flügels zur Michaelstraße hin ist in Angriff genommen.

Der Wiederaufbau und Ausbau dieses Hau- ses, das schon Generationen gedient hat, soll ein gutes Omen sein für die weitere wirtschaft- liche Aufwärtsentwicklung unserer Stadt.

Die Schillerstraße wird in Ordnung gebracht.

Die Schillerstraße, im Zuge der sogenannten kleinen Stadtkern-Umgebung (Franz-Gielen-, Schorlem-, Dreikönigenstraße, An der Ober- erft, Nordkanal-Allee) von mehr als nur lokaler Bedeutung, wies aus der Zeit des Bomben- krieges starke Beschädigungen auf. An man- chen Stellen zogen sich die Schlaglöcher und Un- tiefen über die ganze Breite der Fahrbahn hin, was den Verkehr empfindlich störte. Im Augenblick trägt eine Arbeiterkolonne auf dem Straßenstück zwischen der Körner- und Weber- straße eine Teersplittlage auf, nachdem das Straßenstück zwischen Berghemer und Körner- straße bereits zubereitet worden ist. Eine Dampfwalze befestigt die neue Decke.

Eine Straßenecke am Finanzamt, und zwar die Ecke Franz-Gielen- und Kurstraße, die bisher weit in die Fahrbahn der stark befahrenen Franz-Gielen-Straße hineinragte, wird vom Tief- bauamt ganz erheblich zurückverlegt, so daß die Bürgersteigkante mit der Fluchtlinie des Vor- gartens am Finanzamt übereinstimmt. Auf diese Weise wird ein Zustand beseitigt, der immer als ein lästiges Verkehrshindernis betrachtet wurde.

Das muß doch Spaß machen

Vorgestern morgen um 7 Uhr (!) mußte die Polizei einen Mann aus Neuß wegen Trunken- heit und Randalierens in Verwahrung nehmen.

Wegen schweren Diebstahls

wurde ein Mann, der zuletzt in Duisburg wohn- haft war, vorläufig festgenommen. Der Beschul- digte ist geständig, bei seinem Arbeitgeber in Grimlinghausen, etwa 10 Büchsen Fleisch ent- wendet zu haben. Im Zuge der Ermittlungen wurde festgestellt, daß er bei seinem vorhe- rigen Arbeitgeber einen weiteren Diebstahl ausgeführt hat und bei diesem u. a. Lebens- mittel entwendete. Eine Rückfrage bei der Hei- matbehörde des Täters ergab, daß derselbe seit etwa 2 Jahren ziel- und planlos umherreist, sich

Der Juli - ein gefährlicher Monat

Es gibt zahlreiche Sommerkrankheiten — Man hüte sich vor Zugluft

Der Sommer sei keine günstige Urlaubs- zeit, behaupten amerikanische Wissenschaft- ler. Erholung, so heißt es, benötige der Mensch viel eher im Januar oder Februar, wenn die letzten Reserven aus dem Frühjahr wenn die Sommer verbracht seien. Auch sonst ist gegen den Sommer und vor allem gegen den Juli einiges einzuwenden. Im Monat Juli werden zum Beispiel die meisten Kapital- verbrechen begangen. Auch Unruhen, Ge- walttaten und Ehestreitigkeiten sind in die- ser Zeit am häufigsten. Pädagogen und Leh- rer klagen über die Aufässigkeit und den Ungehorsam ihrer Schüler.

Selbst die weitverbreitete Ansicht, daß sich bei schönem, warmem Wetter am besten arbei- ten lasse, ist von den Fachleuten längst widerlegt. Schönwetter inspiriert zu allem Möglichen, — aber — nicht zur Arbeit. Lang- jährige Beobachtungen ergaben vielmehr, daß schöpferische Tätigkeit am ehesten durch Sturm und Regen gefördert wird. In den Stunden aufziehender Wetter allerdings kommt es bei den meisten Menschen zu mehr oder weniger schweren Depressionen. Ver- kehrs- und Industrieunfälle häufen sich in dieser Zeit. Die Fundbüro registrieren er- höhte Vergeßlichkeit. Krankheiten pflegen auszubrechen oder in ein kritisches Stadium zu treten. Die Sterbekurven beginnen zu klettern.

Die feuchtwarme Witterung der letzten Wochen hat uns diese Abhängigkeit vom Wetter besonders deutlich spüren lassen. Mü-

Neues Meldegesetz am 1. 8. in Kraft

Der Landtag hat am 13. 4. 1950 das Gesetz über das Meldewesen im Lande Nordrhein- Westfalen beschlossen, welches jetzt im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht worden ist und am 1. 8. 1950 in Kraft tritt.

Nach diesem Gesetz ist jeder, der eine Woh- nung bezieht, verpflichtet, sich binnen einer Woche bei der Meldebehörde — das ist die Ge- meindebehörde des Ortes, in dem die Woh- nung bezogen wird — anzumelden. Dasselbe Verpflichtung hat der, der aus einer Wohnung auszieht.

Ausziehen bedeutet, dem Sprachgebrauch des Lebens entsprechend, ein endgültiges Verlas- sen der Wohnung in der Absicht, nicht wieder in sie zurückzukehren. Wer seine Wohnung beibehält und daneben an einem anderen Orte eine 2. Wohnung nimmt, wobei es gleichgültig ist, ob dies nur für dauernd oder nur für vor- übergehend ist, braucht sich nicht abzumelden, er hat sich wohl am Ort der 2. Wohnung anzu- melden und bei der Meldebehörde auf Befra- gen zu erklären, welche Wohnung er als seine Hauptwohnung und welche er als seine Neben- wohnung ansieht (2. Wohnsitz).

Neu ist die Bestimmung, daß ein Melde- pflichtiger sich auch dann in der vorgeschrie-

nicht kalten! — Winter am wohlsten. Ein milder Winter, so behaupten sie, pflege eine bedeutsame Verringerung aller Krankheiten zur Folge zu haben.

Der Sommer wird uns dennoch sympa- thischer bleiben.

Der Juli - ein gefährlicher Monat

Es gibt zahlreiche Sommerkrankheiten — Man hüte sich vor Zugluft

Der Sommer sei keine günstige Urlaubs- zeit, behaupten amerikanische Wissenschaft- ler. Erholung, so heißt es, benötige der Mensch viel eher im Januar oder Februar, wenn die letzten Reserven aus dem Frühjahr wenn die Sommer verbracht seien. Auch sonst ist gegen den Sommer und vor allem gegen den Juli einiges einzuwenden. Im Monat Juli werden zum Beispiel die meisten Kapital- verbrechen begangen. Auch Unruhen, Ge- walttaten und Ehestreitigkeiten sind in die- ser Zeit am häufigsten. Pädagogen und Leh- rer klagen über die Aufässigkeit und den Ungehorsam ihrer Schüler.

Selbst die weitverbreitete Ansicht, daß sich bei schönem, warmem Wetter am besten arbei- ten lasse, ist von den Fachleuten längst widerlegt. Schönwetter inspiriert zu allem Möglichen, — aber — nicht zur Arbeit. Lang- jährige Beobachtungen ergaben vielmehr, daß schöpferische Tätigkeit am ehesten durch Sturm und Regen gefördert wird. In den Stunden aufziehender Wetter allerdings kommt es bei den meisten Menschen zu mehr oder weniger schweren Depressionen. Ver- kehrs- und Industrieunfälle häufen sich in dieser Zeit. Die Fundbüro registrieren er- höhte Vergeßlichkeit. Krankheiten pflegen auszubrechen oder in ein kritisches Stadium zu treten. Die Sterbekurven beginnen zu klettern.

Die feuchtwarme Witterung der letzten Wochen hat uns diese Abhängigkeit vom Wetter besonders deutlich spüren lassen. Mü-

der Angestellte Kwiecinski in vielen Bezie- hungen und jeder Lage hartnäckig, selbst in Dingen, die völlig belanglos waren, entschied er sich nicht für die Wahrheit. Ohne diese systematischen und wohlüberdachten Lügen konnte den Aussagen des Angeklagten als Ganzes gesehen kaum Bedeutung zugemessen werden, das Gericht folgte auch der An- geklagten Rogge dahingehend, daß es ihr glaubte, daß K. nachdem das Kind getötet war, gesagt hatte „so, das andere mache ich“, und daß damit die gräßlichen Verstimmlun- gen gemeint waren, die in ihrer Schweiß- keit selbst der entmenschesten Mutter nicht zuertraut werden können.

Daß die Staatsanwaltschaft und auch das Gericht trotzdem von einem gemeinschaft- lichen Mord, so wie es in der Klage hieß, ab- sah, ist nur dem Umstand zu danken, daß verschiedene Bedingungen des Mordpara- graphen nicht hundertprozentig erfüllt wurden und so der gemeinschaftliche Totschlag in An- wendung gebracht werden mußte.

Anna-Kirmes im St.-Anna-Heim

Große Freude für eine liebevoll umsorgte Jugend — Was die Wahrsagerin nicht weiß . . .

Auf St. Anna ist bei den vielen Kindern auf der Rheydter Straße Feiertag. Denn an diesem Tage feiert das St.-Anna-Heim Pa- tronatsfest. Vorne an der Straßenseite sieht die Fassade genau so ernst und nüchtern aus wie an anderen Tagen. Aber hinterheraus ist das Haus wie verwandelt. Fähnchengirlan- den überspannen den weiten Hof in die Kreuz und die Quere, und an jeder Ecke ist eine andere Attraktion zu sehen. Ja, Attraktion — das Wort stimmt, denn es ist eine richtige Kirmes: Anna-Kirmes im St.-Anna-Heim.

Das war auch diesmal wieder eine große Freude für die vielen, kleinen und gro- ßen Bewohner des Hauses (insgesamt sind es an die 500). Die Freude war um so größer, als der Tag mit dem ersten Ferientag zu- sammenfiel. Was hatten die Schwestern mit ihren Helferinnen nicht wieder alles zurecht- gemacht! Wieviel Sinn und Verständnis für kindliche Herzen sprach aus den vielen Attraktionen, den vielen köstlichen Ideen und dem ganzen Arrangement! Jedes Kind kam auf seine Kosten.

Die ganz Kleinen hatten ihre eigene Kirmes- ecke auf dem alten Bunker. Damit sie als Angehörige ihres eigenen Vereins gleich- kenntlich waren, holte man ihre Köpfechen mit Indianerfedern geschmückt. Und damit nicht der eine viermal und der andere nur einmal „drankam“, hatte jedes ein Zettel- chen mit Namen und Leckereifolge um- hängen; Genossenes wurde gestrichen. Das Schöne ihrer Glücksecke war ein großer Stand mit unzähligen wunderschönen Sa- chen für Kinderhand und Kinderauge, und jeder einzelne konnte sich da sein Glück „angeln“. Dasselbe in Groß gab es auch für

die Großen. „Jedes Los gewinnt!“ prangte über der Verlosungsbude, und auf die se im Kirmesmarkt stimmte das, nirgends wurde gemogelt.

Die Großen führten auf einer abgetrennten Wiese Reigen und Spiele mit eigener Musik- begleitung, auf. Das Kirmesmusikinstru- ment des Tages aber war eine Drehorgel, die von einer jungen Leierkastenfamilie über den Hof gezogen wurde, die weil sie ihre melan- cholischen Weisen ertönen ließ: vom Schiefen Turm zu Pisa usw. Weil es sommerlich warm war und alle ein gutes Zeugnis bekommen hatten, bekamen auch alle Alaska-Eis, und an vielen, vielen Tischen saßen die glück- lichen Kinder, verspeisten die leckeren Kir- meskuchen und tranken Limonade dazu.

Dem weißen Spitz hatte man einen Streich- gespielt und ihm einen Luftballon ans Hals- band gebunden. Er aber tat so, als merke er weder den Luftballon noch das Gelächter. Wie gern die Kinder sich mit Tieren amü- sieren, wurde auch mit dem großen Acker- gaul und den beiden kleinen Ponys bewiesen. Ihre Rücken waren nie leer. Immer wieder führten sie neue Reiter und Reiterinnen durchs Kirmesgelände. Freude an Tieren erfahren die Kinder des St.-Anna-Heimes übrigens auch in ihren Wohnräumen. Da sind sie selbst als Pfleger von Fischen, Wellensittichen, Ka- salienvögeln und weißen Mäusen bestellt.

Die schönsten Scherze hatte man sich für das Kuriositätenkabinett ausgedacht. Da gab es den Apfel zu sehen, mit dem Eva den Adam verführt hat (es war übrigens eine Ehrenrei- nung für Adam, denn der Bursche hat, wie man sah, gar nicht hineingebissen). Die

ägyptische Finsternis war in einer Streichholz- dose konserviert, und jedes Museum von Ruf wäre stolz darauf, den Rest der berühmten Salzsäule zu besitzen, den die Anna-Kirmes einmal im Jahr zu zeigen wagt, mit vielen anderen lustigen Raritäten.

Da war auch noch eine Wahrsagerbude. Der Rektor meinte allerdings, dagegen habe Augustinus schon gewettert, und weigerte sich, hineinzugehen. In der Tat hat die Wahr- sagerin die Wahrheitsuchenden denn auch veräppelt wie jede andere Wahrsagerin, und auf ernste Fragen wußte sie keine Antwort zu geben, beispielsweise auf die Frage, ob und wann die Stadt Neuß einen Zuschuß zum Waisenhaus gebe, damit die Schulräume instandgesetzt werden und ein dringend not- wendiger Anbau errichtet werden kann; denn das St.-Anna-Heim kann der stetigen Nachfrage nicht Genüge leisten, es muß fast täglich Kinder abweisen. Wie gut diese armen Kinder es aber hier haben würden, beweist nicht nur die Anna-Kirmes . . .

Sie fragen —

wir antworten

MEIN BILD HÄNGT IM SCHAUFENSTER

Frage: Kürzlich fand ich im Aushänge- kasten eines Fotogeschäftes mein Bild ausge- stellt. Muß ich das dulden?

Antwort: Nach § 22 des Gesetzes betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie vom 9. 1. 1907 — RGBl. S. 7 — in der Fassung vom 22. 5. 1910 — RGBl. S. 793 — dürfen Bildnisse nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden.

Diese Einwilligung braucht nicht immer aus- drücklich erklärt zu werden; sie ist vielmehr als stillschweigend gegeben anzusehen, wenn man dafür, daß man sich konterfeien ließ, eine Entlohnung erhielt, oder wenn aus den Um- ständen, unter denen die Aufnahme gemacht wurde, der Zweck der Verbreitung entnommen werden mußte, z. B. bei Bildern für eine illu- strierte Zeitung oder bei einer öffentlichen Filmaufnahme einer Straßenszene. Ihre Ein- willigung ist auch dann nicht erforderlich, wenn Sie auf dem Bild nur als Beiwerk neben einer Landschaft oder sonstigen Örtlichkeit erscheinen, oder wenn es sich um ein Foto von einer Versammlung, einem Aufzug oder ähn- lichen Vorgang handelt, an dem Sie teilge- nommen haben, so daß Sie nur zufällig vor die Kamera geraten sind, die nicht gerade auf die Darstellung Ihrer Person gerichtet war. Aber auch diese Ausnahmen sind nur insoweit zu- gelassen, als dadurch Ihre berechtigten Be- lange nicht verletzt, insbesondere also Ihre Häuslichkeit, Ihr Privatleben oder für die Öffentlichkeit nicht bestimmte Situationen intimer Art (z. B. in Krankheitsbildern) nicht ans Tageslicht gezerzt werden.

Grundsätzlich, wenn nicht die vorgenannten Ausnahmen bestehen, können Sie also nicht nur die öffentliche Schaustellung Ihres Bildes untersagen, sondern auch wegen eines etwa Ihnen dadurch entstandenen Schadens Ersatz verlangen. Sie haben sogar die Möglichkeit, gegen den Täter Strafantrag zu stellen. (§ 33 Abs. 2, 41), auf Grund dessen er eine Geld- strafe bis zu 1 000,— DM zu erwarten hat. Daneben kann dem Verurteilten im Strafver- fahren die Zahlung einer Geldbuße an Sie auferlegt werden (§ 35), wodurch Sie sich aber eines weiteren Schadenersatzanspruches be- geben. Die Verjährungsfrist beträgt drei Jahre (§ 48).

In der Spulgasse ist goldene Hochzeit

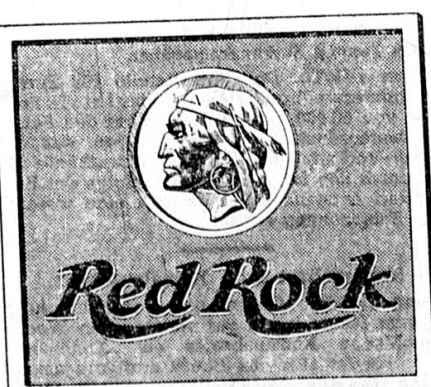
Sechs Kinder, zwölf Enkelkinder und vier Urenkel wollen morgen bei der goldenen Hoch- zeit von Heinrich Thoenes und seiner Ehe- frau Katharina Huberta, geborene Hartges, wie andere, wenn etwas nicht klappte. Sein Goch, nicht fehlen. Vier Söhne standen im ganzen Leben hat er nur diese einen Firma gewidmet, in der er auch 1944 sein goldenes Arbeitsjubiläum feiern konnte. 15 Jahre vorher war er von der Schmiede zum Magazin überge- wechselt.

Heute verleben die beiden alten Leutchen, die noch sehr rüstig sind, einen schönen Lebens- abend. Das heißt aber nicht, daß sie die Hände in den Schoß legen. Es gibt für sie keine grö- ßere Freude, als den Kindern behilflich sein zu können. Und sie beide sind noch sehr, sehr rüstig und manchmal meinen sie, sie müßten ihren Sprößlingen noch etwas vormachen.

Der morgige goldene Hochzeitstag soll schön werden und bei den Gratulanten meldet sich hier auch die NGZ, die sie seit 50 Jahren be- gleitet.



Festtag der Waisenkinder im St.-Anna-Heim: Jedes Los gewinnt — Die viel gefragten und gepflegten Ponies — Festschmaus mit Kuchen und Limonade



Red Rock-Raucher wissen, warum sie diese würzig-milde Virginia-Cigarette bevorzugen.

Während der Schweiß von der Stirne perl- fächelt der Luftzug leise Kühlung, und mit ei- ner spitz erkennt man den Feind. Nicht nur Erkältungskrankheiten, sondern auch Magen- und Darmkatarrhe fordern in dieser Jahres- zeit hohe Opfer. Die leichte Verderblichkeit der Nahrungsmittel sowie der übermäßige Genuß von Obst und Flüssigkeiten an heißen Tagen spielen eine große Rolle dabei. Wollen wir es mit amerikanischen Wissenschaftlern halten, fühlen wir uns in einem milden —

Acht Jahre Zuchthaus für Kindesmord

Das Schwurgericht verurteilte die Ange- klagte Rogge und den Polen Kwiecinski wegen gemeinschaftlichen Totschlags zu 8 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrver- lust.

Nach fünf Verhandlungstagen wurde ge- stern im Neußer Kindesmordprozeß das Ur- teil gefällt. Es lautet für beide Angeklagten auf 8 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrver- lust. Das Gericht kam nach einer eingehenden und sorgfältigen Beweisaufnahme zu dem Ergebnis, daß nicht nur die Angeklagte Rogge, die Mutter des Kindes, schuldig sei, sondern auch der Pole Kwiecinski im vollen Umfang an der Tat beteiligt und deshalb mit- verantwortlich sei. Das Gericht erklärte, es stehe fest, daß das Ermordete vier Monate alte Kind beiden Angeklagten unerwünscht war. Ferner kam das Gericht zur Ansicht, daß der Plan lange vorbereitet war, wenn auch der Zeitpunkt dafür nicht feststand.

Im Gegensatz zu der Angeklagten Rogge, die ihre Tat unumwunden zugibt, leugnete

der Angeklagte Kwiecinski in vielen Bezie- hungen und jeder Lage hartnäckig, selbst in Dingen, die völlig belanglos waren, entschied er sich nicht für die Wahrheit. Ohne diese systematischen und wohlüberdachten Lügen konnte den Aussagen des Angeklagten als Ganzes gesehen kaum Bedeutung zugemessen werden, das Gericht folgte auch der An- geklagten Rogge dahingehend, daß es ihr glaubte, daß K. nachdem das Kind getötet war, gesagt hatte „so, das andere mache ich“, und daß damit die gräßlichen Verstimmlun- gen gemeint waren, die in ihrer Schweiß- keit selbst der entmenschesten Mutter nicht zuertraut werden können.

Daß die Staatsanwaltschaft und auch das Gericht trotzdem von einem gemeinschaft- lichen Mord, so wie es in der Klage hieß, ab- sah, ist nur dem Umstand zu danken, daß verschiedene Bedingungen des Mordpara- graphen nicht hundertprozentig erfüllt wurden und so der gemeinschaftliche Totschlag in An- wendung gebracht werden mußte.

NGZ Sport

Gino Bartali aus der „Tour“ geprügelt

Italiener verlassen das Rennen — 12. Etappe gewann Blome (Belgien)

St. Gaudens. Nach dem zweiten Ruhetag in Pau wurde am Dienstag die 37. Tour de France mit der elften Etappe fortgesetzt, die über 230,5 km nach St. Gaudens führte. Auf dieser Teilstrecke mußten die ersten großen Steigungen genommen werden. Es bedeutete daher keine Überraschung, daß die auf der „Flache“ bisher so erfolgreich gewesenen Fahrer etwas zurückblieben und die Favoriten, an der Spitze Gino Bartali, vorstießen.

Der Italiener kam auf dieser sehr abwechslungsreichen Tagesfahrt zu seinem ersten Etappensieg, den er in 7:28:17 Stunden mit nur einer Radlänge vor dem Franzosen Bobet erzielte.

Gino Bartali wurde auf der Strecke von französischen Zuschauern tätlich angegriffen. Er wurde von seinem Rad heruntergezerrt, nachdem der Franzose Jean Robic kurz vor dem Finish gestürzt war und der Italiener auf ihn aufsprang. Mehrere Zuschauer versuchten, Bartali das Rad zu entreißen, so daß er wertvolle Sekunden verlor. Die Pariser Zeitung „France Soir“ bezeichnet diesen Zwischenfall als sehr bedauerlich. Er stelle einen groben Verstoß gegen die Gesetze des Sports und der Gastfreundschaft dar. Bartali sei nicht nur ein bedeutender Sportler, sondern auch ein Mann mit untadeligem Charakter. Die Verantwortlichen für diesen Zwischenfall hätten allen Grund, sich zu schämen.

Gino Bartali teilte darauf Pressevertretern mit, daß er und seine italienischen Sportkameraden entschlossen seien, sich von der Tour de France zurückzuziehen, falls die

französische Öffentlichkeit nicht aufhöre, sie zu beleidigen. Bartali beschwerte sich bitter darüber, daß er und seine Landsleute während des bisherigen Verlaufes der Tour an verschiedenen Orten von den Zuschauern als „Mussolinianer“ und „Faschisten“ beschimpft worden seien.

Wie wir inzwischen erfahren, haben die italienischen Teilnehmer im Hinblick auf die Zwischenfälle das Rennen verlassen, um nach Italien abzureisen.

Gino Bartali erklärte der Presse, „ich werde nie wieder in Frankreich an einem Rennen teilnehmen. Das französische Volk versteht überhaupt nicht, was das Wort Sport bedeutet. Ich verstehe es. Ich danke allen, die uns geholfen haben“. Alle Italiener, die die „Tour de France“ verfolgten, reisen gleichfalls ab. Darunter auch die Sportjournalisten.

Blome gewann die zwölfte Etappe

Perpignan. Blome (Belgien) gewann am Mittwoch die 12. Etappe der „Tour de France“ von St. Gaudens nach Perpignan über 233 Kilometer in 6:29:13 Stunden vor Baldassari (Paris) in 6:36:22 Stunden, Forlini (Paris) in 6:42:42, Bauvain (Lie de France) in 6:44:36 und Zar (Nordafrika) in 6:43:13 Stunden. In der Gesamtwertung führt nunmehr Kübler (Schweiz) mit 80:11:35 Stunden vor Bobet (Frankreich) mit 80:12:24, Geminiani (Frankreich) mit 80:12:29, Ockers (Belgien) mit 80:12:41 und Piot (Lie de France) mit 80:13:24 Stunden.

Niederrhein-Amateurliga steht

VfR 06 und SV Dormagen in Gruppe 1

Oberhausen. Der Fußballverband Niederrhein hat die Zusammensetzung der Landesliga für die Spielzeit 1950/51 bereits vorgenommen. Es wird wieder wie im Vorjahr in zwei Gruppen zu 16 und 17 Vereinen gespielt. Die aus der zweiten Verbandsliga ausgeschiedenen Vereine Tura Essen und VfB Bottrop wurden den Gruppen I bzw. 2 zugeteilt. In der zweiten Gruppe ist nur noch die Teilnahme von Kray 04 oder VfB Speldorf zu klären, die ihr Entscheidungsspiel um den Verbleib am 6. August in Velbert austragen.

Die neue Gruppeneinteilung sieht wie folgt aus:

Gruppe 1: SC Cronenberg, Grün-Weiß Wuppertal, BV 04 Düsseldorf, Eller 04, Bilk 13, Schwarz-Weiß Barmen, Solingen-Gräfrath, VfR Neuß, FC Geisenbeck, SV Dormagen, Adler Frinrop, BV Altenessen, TuS Helene Essen, Karnap 07, Tura Essen und SV Essen-Eylang.

Gruppe 2: VfB Lohberg, VfB Bottrop, Sterkrad 06/07, Osterfeld 06, E'mar Alsteden, SV Neukirchen, SpV Homburg, SpV Hochheide, FC Bocholt, Melderich 06, VfB Ruhrort, Duisburg 49/99, Schwarz-Weiß Hamborn, VfR 03 Kleve, FC Hüls, Union Hamborn und VfB Speldorf oder Kray 04.

Fußballvergleichskampf

Kreis Grevenbroich-Neuß gegen Kreis Moers

Am Sonntag, dem 6. August, nachmittags 4 Uhr findet im Neußer Stadion ein Fußballvergleichskampf der Kreise V Grevenbroich-Neuß und VII Moers statt. Erfolgreichere sind die verantwortlichen Fußballvereine in der Lage, auf die wirklich besten Spieler zurückgreifen zu können, so daß auf beiden Seiten spielstarke Mannschaften stehen. Während sich der Gast vor allem auf die Spieler des SV Neukirchen stützt, greift der Kreis Grevenbroich-Neuß auf die Vereine VfR 06 Neuß, SV Dormagen, TuS Grevenbroich und SV Weidenberg zurück.

Im einzelnen stehen die Mannschaften wie folgt:

Kreis V Grevenbroich-Neuß: Hellingrath (VfR); Weyerstraß (VfR); Dicken (Grevenbr.); Prümmer (Grevenbr.); Sofna (VfR); Sartory (Weidenbr.); Wischary (Grevenbr.); Helm (Dormagen); Ippers (VfR); Malkorn (Dorm.); Bex (Dormagen).

Kreis VII Moers: Emmerich (Linfort); Pawlik (Neukirchen); Maas (Repeken); Tompock (Neukirchen); Kempken (Neukirchen); Brauwers (Neukirchen); Gloske (Homburg SV); Hoffmann (Neukirchen); Platzek (Neukirchen); Glaw (Viunyn); Anlahn (Homburg SV).

Borussia Gladbach mit großem Programm

Der westdeutsche Oberliganeuling Borussia M.Gladbach empfängt vor Beginn der Punktspiele nachfolgende namhafte Fußballgegner: Am 2. 8. 1. FC Kaiserslautern, 6. 8. Vienna Wien, 12. 8. Wormatia Worms und am 19. 8. Schalke 04.

SpVg Weidenberg

Alle Vereinsmitglieder der SpVg Neu-Weidenberg werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Samstag, dem 29. Juli 1950, beginnend 20 Uhr, im Restaurant Atlantik, die diesjährige Generalversammlung stattfindet. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben.

Schwedens Nationalität, die bei den Kämpfen in Brasilien Europameister wurde, hat selber weitere fünf Spieler an Italien und Spanien verloren. Prof. verträge unterschrieben Stilla Nilsson, Palmer, Skoglund und Milberg für Genus 93 und Sune Andersson für Athletic Madrid. Damit hat Schweden in den beiden letzten Jahren nicht weniger als 17 Nationalspieler verloren.

Wien lockt deutsche Schwimmer

Starten nur deutsche Einzelkräfte?

Es dürfte inzwischen feststehen, daß die von der Pariser Sportzeitung „L'Equipe“ vor etwa vierzehn Tagen angekündigte Absage der Wiener Europa-Meisterschaften im Schwimmen zumindest reichlich vorläufig war. Belgien, Holland, Jugoslawien und selbst Spanien haben inzwischen durch offizielle Verbandsfunktionen keinen Zweifel darüber gelassen, daß man auf eine Durchführung der Meisterschaften großen Wert lege. Und England, das sich beim Außenministerium vergewisserte, ob eine Teilnahme in Wien erwünscht sei, hat trotz der politischen Bedenken bisher auch noch keine Absage erteilt.

In diesem Zusammenhang interessiert natürlich vor allem die Frage, wie sich der Deutsche Schwimm-Verband zu den europäischen Titelkämpfen stellt. Nach dem Duisburger Wasserball-Lehrtag und dem Berliner Länderkampf gegen Schweden gab es auch hier zunächst erhebliche Bedenken. In-

Ein Deutscher will Ärmelkanal bezwingen

Oskar Geiger verläßt sich auf rohe Eier und seine Willenskraft

München. Als einziger Deutscher erhielt der Münchener Oskar Geiger von der „Daily Mail“ eine Einladung zu dem von dieser englischen Zeitung veranstalteten längsten Wettschwimmen der Welt durch den Ärmelkanal. Der genaue Zeitpunkt für den Start ist noch nicht bekannt. Alle Teilnehmer müssen sich bis zum 4. August in London einfinden. Von dort aus geht es dann gemeinsam mit dem Schiff über den Ärmelkanal nach Frankreich, wo der Start erfolgen soll. Man nimmt an, daß die Strecke Calais-Dover ausgesucht wird und das Rennen an einem witterungsmäßig günstigen Tag zwischen dem 10. und 20. August startet. Dem Sieger winken 1000 Pfund. Jeder, der die andere Küste erreicht, erhält eine Sonderprämie in Höhe von 250 Pfund.

„Soviel mir bekannt ist, haben sich sechs deutsche Schwimmer für dieses Rennen gemeldet, aber nach einer Notiz der „Daily Mail“ bin ich der einzige Deutsche, den diese englische Zeitung starten lassen will“, sagt Geiger. Vor einigen Tagen traf ein Telegramm ein, in dem die Zusage gemacht wird, daß er mit seinem Trainer und Begleiter Hans Grassers bis zum 4. August in London erwartet wird. „Ossi“ befindet sich nun im Training. Sein Trainingsquartier hat er vorübergehend am Ammer- und Starnbergersee

aufgeschlagen. Allerdings begnügt sich Geiger vorerst mit einer Schwimmdauer von 2 bis 3 Stunden. „Ich bin mir bewußt, daß die Leistungen, die bei diesem Schwimm-Marathon vollbracht werden, für den Körper schädlich sind. Darum ist ein Training eigentlich sinnlos. Allein der Ehrgeiz wird hier entscheidend sein“, meint der 37-jährige Münchener, der in den letzten Vorkriegsjahren mehrfacher bayerischer Meister im Rückenschwimmen war. Sein Plan ist ein systematisch aufgebautes Training, das aber

bei einer maximalen Schwimmdauer von sechs bis acht Stunden abgeschlossen wird. Rohe Eier und eine Lebertran-Emulsion sollen ihn unterwegs bei Kräften erhalten; schwarzer Tee ist als Getränk vorgesehen. „Das Entscheidende für das Gelingen ist einzig und allein der Wille, und den bringe ich mit“, erklärte er. „Geschwommen wird bis zum Untergang, ein Kapitullieren gibt es nicht.“

Hans Grassers Hauptaufgabe ist es, den Münchener Meisterschwimmer auf der Strecke richtig einzuwickeln, da nur durch einen genau eingehaltenen geraden Kurs die Möglichkeit für den Erfolg gegeben ist. Grasser ist im Münchener Sportleben auch kein Unbekannter, war er doch noch vor einigen Jahren einer der bekanntesten Eishockeyspieler des Münchener Schlittschuh-Klubs. „Dieses Problem des Einwickelns wäre gelöst, wenn man mir als Begrenzungsleine Weidwurstketten spannen würde“, meinte der urgemütliche Münchener, der sich nicht nur auf den Sportplätzen zu Hause fühlt, sondern auch ein ebenso gern geschehener Gast in Schwabings berühmten Künstlerkneipen ist.

Ueber die Startarten befragt, sagte Geiger, daß man bei einem solchen Langstrecken-Wettbewerb alle möglichen Schwimmarten ausführen muß, um die Muskeln gleichmäßig zu beanspruchen. Trotzdem will er das Schwimmen auf dem Rücken bevorzugen, nicht nur, weil es in seinen früheren aktiven Jahren seine Spezialität war, sondern weil sich nach seiner Ansicht dabei die beste Atemmöglichkeit bietet.

Geiger bedrückt am meisten, daß viele seiner großen ausländischen Konkurrenten schon seit Wochen und Monaten an Ort und Stelle beim Abschlußtraining sind. Ihm ist England zu reisen, da die „Daily Mail“ jedem Teilnehmer zusammen mit dem Manager nur 50 Pfund Sterling Startauslage bezahlen kann. 10 Pfund kostet allein schon das Begleitboot, das hiervon bezahlt werden muß.

Neußer „Sausewind“ schlug alles

Gut besetzte Rhein-Segel-Woche /

Plake, Neuß, fuhr Tagesbestzeit

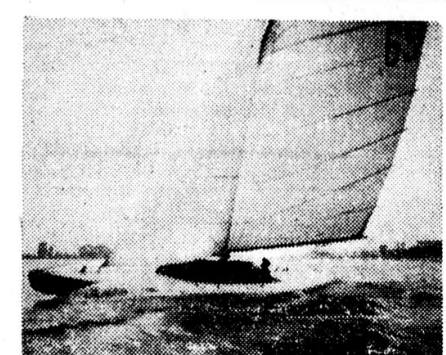
Das Neußer Segelboot L. 69 (Sausewind) mit der Besatzung Herr und Frau Plake sowie E. Huber, alle Neuß, war bei der diesjährigen Rheinschiffwoche das erfolgreichste Boot, denn wurde doch nicht nur in der 30-qm-Binnenklasse der erste Preis errungen, auch die absolut schnellste Zeit aller Klassen gefahren.

Zirka 60 Boote der verschiedenen westdeutschen Segelklassen ließen sich am vergangenen Sonntag vormittag durch das Neußer Schiff MS Stadt Neuß 3 zum Start nach Hildorf schleppen. Es ist angebracht, der Hafenverwaltung für dieses Entgegenkommen höchstes Lob zu zollen, denn schon seit vielen Jahren stellt sich diese Stelle mit großer Fachkenntnis in den Dienst der guten Sache.

Am Start in Hildorf klappte alles wie vorgesehen, nur das Neußer Boot wurde ohne Selbstverschulden der Besatzung 4½ Minuten zu spät auf die Reise geschickt. Somit hatten die Boote seiner Klasse bereits am Start einen Vorsprung von 1000 Meter. Die Besatzung ließ sich aber nicht entmutigen, denn heute war ja „ihre“ Wetter. Wild gebärdete sich das Wasser, die Brecher überspülten ununterbrochen das Deck und mit dem Wind konnten diesmal nur die besten Fudiste fertig werden. Bei Monheim gelang es, das erste Boot der eigenen Klasse einzuholen. Stürzelberg kam in Sicht, und damit die gefährlichste Stelle der ganzen Regatta-Strecke. Hier gelang es den Neußer Seglern, weitere Boote zu überholen. Noch war aber nicht die erste Stelle erreicht, denn weit vor ihnen schiffte der schärfste Konkurrent L. 148 durch die Fluten. Vom Boot das Letzte heraussehend und unerschrocken der immer stärker werdenden Böen, wurde auch hiermit der Kampf aufgenommen und erleichterte atmete die Besatzung auf, als man bei Uedersheim an diesem Boot vorbeizog. Der Erfolg gelang, denn am Ziel im Düsseldorfer Jachthafen ging das Neußer Boot mit einem Vorsprung von 1000 Metern aus dem Rennen hervor. Unter Berücksichtigung des Startverlustes von 4½ Minuten wurde

die schnellste Zeit des Tages gefahren. Durch diesen Erfolg gewann die Neußer Besatzung zum zweiten Mal den Karl-Hundel-Gedächtnispreis. Sollte dies noch ein weiteres Mal gelingen, geht die wertvolle Trophäe in den endgültigen Besitz über.

Zum Schluß ist es interessant zu wissen, daß die Neußer für den Düsseldorfer Yachtklub



starten und seit Jahren die erfolgreichsten Regattafahrer sind, trotzdem ihr Boot das älteste der Klasse L ist und bereits 1921 gebaut wurde. Ebenfalls ist es nicht uninteressant, daß Frau Plake die einzige Frau ist, die Regatten mitfährt und ihren Mann steuert.

Die einzelnen Ergebnisse:

30-qm-Binnenklasse: 1. Sausewind, Eigner H. Plake (DYC) 2:42:15 Std.; 2. Windspeil, Eigner Engler (DYC); 3. Drachenklasse: 1. „Die drei Schweigen“, Eigner Feldhof (DYC); 45-qm-Kreuzerklasse: 1. Rheingau, Eigner Becker (SCR); 2. Hanses, Eigner Strehl (Kölner Seglerklub); 3. Klasse B: 1. Eule, Eigner Hesse (DYC); 2. Fram, Eigner Stender (DYC); 3. Ausgelsklasse C: 1. Bummel, Eigner Hesse; 2. Born, Eigner Haase; 3. Jollenkreuzerklasse: Namenlos, Eigner Gebr. Meurer (DYC); 4. Ausgelsklasse D: Marlies, Eigner Noack II.; 5. Olympiakkasse: Eigner Thoms; 6. Piratenklasse: 1. Schnelle, Eigner Engler; 2. Lotse, Eigner Deichmann.

Statt Karten!
IHRE VERMÄHLUNG GEBEN BEKANNT
Dr. phil. ALBERT KREUELS
LUITGARD KREUELS
geb. VON BERG
29. JULI 1950
NEUSS AM RHEIN KANALSTR. 30 FREIBURG/BREISGAU ERWINSTR. 39

Danksgang!
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, auch durch Geleit, Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang meines lieben Gatten
Herrn Wilhelm Heumann
sage ich allen, besonders den Verwandten und Bekannten sowie der Nachbarschaft meinen herzlichsten Dank.
Frau Wwe. Wilhelm Heumann
Das Sachwochenamt findet am Donnerstag, dem 27. Juli 1950, um 8 Uhr in der Hl.-Dreikönigen-Kirche statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

Kino's
2, 4, 6, 8, 15 — Radwache im Hause!
Sensation um Johnny Weissmüller in
König des Dschungels
Außerdem ein ausgez. Pferdeport-Film.
APOLLO

Als VERMÄHLTE grüßen
Rudolf Schmalbuch
Margret Schmalbuch
geb. Kasper
Reuschenberg, Lupinenstr. 76
Grümlinghausen, Rheinfelderstr. 34
29. Juli 1950

Neußer Bürger-Schützen-Verein e. V.
Alle Bürger und Bürgersöhne werden zu der am Samstag, dem 29. Juli 1950, abends um Punkt 20 Uhr in der Bürgergesellschaft stattfindenden
Bürger-Versammlung
eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Das Komitee

Zur Vergrößerung der Werbeabteilung suchen wir einige
Damen u. Herren
mit schönem Aussehen, Weltkenntnis und guter Existenz
Freitag, den 28.7.50, 11 Uhr, im Café Stenfeld, Grevenbroich

Kopfhautjucken
Schuppen und Schindeln auf den Schultern! Das Haar stumpf, brüchig oder ölig und fettig! Die Frisur will einfach nicht sitzen! Dann befreien Sie sich auf die schnellste und angenehmste Weise von diesen lästlichen — nehm Sie Bezug! Schwedel-Haarwasser mit Alkohol. Sofort macht sich Kopfschmerz an die Arbeit, um den Juckreiz und die Schuppen zu beseitigen. Eine Flasche kostet 1,75 DM und ist erhältlich: Dreikönigen-Drogerie, Josef Domant, Jülicher Straße; Drogerie Guter, Weyer, Kelders Straße 23, Grevenbroich; Drogerie Kamper, Breite Straße 22

Balatum
in großer Auswahl
WOLFF
NIEDERSTRASSE 16

Stellenmarkt
Wegen Heirat der jetzigen zuverläßigen Hausangestellte gesucht. Guter Lohn. Eigenes Zimmer. Hapke, Neuß, Schorlemerstr. 87.
Ehrliches heiliges Mädchen oder Frau im Geschäftsbereich gesucht. 1. August od. später gesucht. Ang. 9311 NGZ, Niederstr. 46.
Jünger Gärtner-Gehilfe sucht passende Stellung, auch als Betriebs-Gärtner. Ang. unt. Nr. 9335 NGZ, Niederstr. 46.

24jährige Pfälzerin sucht Stelle z. 15. 8. in kinderlosem oder frauenlosem Haushalt. Selbständig in allen Hausarbeiten. Ang. Nr. 9346 NGZ, Niederstr. 46.
Mädel vom Land, 37 Jahre, ehrlich und zuverlässig, sucht Stelle im Haushalt, am liebsten 1 bis 2 Personen. Ang. 9345 NGZ, Niederstr. 46.

Wohnungen / Grundstücke
Im Verkehrszentrum Neuß möbl. Büro, Wartezimmer und Schlafzimmer, 1. Etg., an kolonialen Unternehmen oder Praxis zu vermieten. Ang. 9332 NGZ, Niederstr. 46.
Schlafstelle für alleinstehenden Herrn gesucht. Preisangebots u. 9315 NGZ, Niederstr. 46.
Ältere alleinstehende Frau sucht Unterkunft, gleich wo. Ang. 9338 NGZ, Niederstr. 46.
Möbl. Zimmer an alleinstehenden Herrn zu vermieten. Ang. u. 9349 NGZ, Niederstr. 46.
Jungen Mann, zum Mitbewohnen eines möbl. Zimmers in Neuß (Stadtmitte), gesucht. Ang. unt. 9340 NGZ, Niederstr. 46.

Biete in sehr schöner Lage (15 Min. D-Bahn bis Nordstraße): 2 Zimmer, Küche, Balkon u. Terrasse (ca. 42 qm Miete 47,- D.M.). Suche: linksrheinisch ca. 3-4 Zimmer, Küche, Bad, möglichst Garten und Garage. Zus. sehen und Bedingungen erbeten 9324 NGZ, Niederstr. 46.

Zimmer, Küche und Bad in Neu-
bau, abgeschlossen, gegen Baukostenzuschuß zu vermieten. Angebote unter 9318 NGZ, Niederstr. 46.
Möbliertes Zimmer, Nähe Bahnhof, Furth Str., per sofort für älteren alleinstehenden Herrn gesucht. Ang. unt. 9343 NGZ, Niederstr. 46.
Ältere Frau sucht ein Mansarden- oder Kniestockzimmer. Ang. 9339 NGZ, Niederstr. 46.

Verkäufe — Kaufgesuche
Motorrad, 200—350 ccm, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Ang. 9316 NGZ, Niederstr. 46.
Rundzelt (für 10 Jungen) zu kaufen oder zu leihen gesucht. Ang. Nr. 9319 NGZ, Niederstr. 46.
Runder Wohnzimmerschrank mit 4 Stühlen zu kaufen gesucht. Ang. Nr. 9328 NGZ, Niederstr. 46.
Gebräuchter Haargaratentisch, evtl. mit Verbindungsstücken, zu kaufen gesucht. Ang. Nr. 9327 d. NGZ, Niederstr. 46.
Fahrradt, nicht selbstfahrend, zu kaufen gesucht. Ang. Nr. 9342 NGZ, Niederstr. 46.

Verkauf: Radioapparat, Koffergarnitur mit 45 Platten, Staubsauger, Photoapparat, 2 Waschwannen, 1 Ofen, 2 Lampen, Kleiderbüchsen, 2 Lampen.
Gebräuchter, gut erhaltener, weiß emaillierter Herd, für DM 90,— zu verkaufen. Georg Hacker, Hafenstr. 30.

Cut und schwarzer Anzug zu verkaufen. Knopf, Neuß, Schillerstraße 55.
Korbkinderswagen zu kaufen oder leihweise gesucht. Zu erfragen Nr. 9312 NGZ, Niederstr. 46.
Neuwertigen Krankenfahrstuhl hat abzugeben. Ang. 9301 NGZ, Niederstr. 46.

Verschiedenes
Zwangsvollstreckung!
Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert: Freitag, den 28. Juli, 10.30 Uhr, Jäckers, Wirtschaft Promm: Ausstellungschr., Klavier, Couch, Sessel, Dampfheißwasserapp., Gürtel, Obergerichtsvollzieher in Grevenbroich.
Wo kann ich Möbel unterstellen. Ang. 9337 NGZ, Niederstr. 46.
Am 20. Juli 1950 Schlüsselbund m. Ring (3 größere Schlüssel, 1 kleiner Schlüssel) verloren. Gegen Bezeichnung abzugeben. Kapitelstraße 37, 1. Etg.

Autove. eth
Autoverleih an Selbstfahrer
Neue Fahrzeuge
Hans Schmitz, Neuß, Venloer Str. 68, 1. Haus Altantik — Ruf 2698
Autoverleih an Selbstfahrer
Lorenz Rheydt, Tel. 142, Tel. 2694.
Volkswagen-Verleih Sonderkamp, Fontanestr. 10, Tel. 1150 / 2734

Verf. Fern. lo.

DIE C

NUMMER 174

Ar

Geheime V

Düsseldorf
nisterpräsident
mit 120 Stimme
tagspräsidenten
stimmung erfol
fehlten 13, davo
Fraktion vorge
beret, seine W
für das Vertrau
rechtfertigen.“

Nach der Abstimmung
fraktionsvorsitzend
Pressevertretern, s
sen für Arnold ge
auf, ob das Zentr
vertreten sein we
bereit, mit P
gehen, wie die V
Voraussetzungen,
stimmt. Jetzt vor
handlungen beginn
noch einmal Verh
und der CDU we
Inhalt wurde nicht

Wie die Lande
folgte die Wahl
Diskussion. Um
Wahlstützung
sitzende Schrage
Arnold als Min
Gegenkandidaten
genannt. Auf Ne
dann jeder Ar
gab seinen St
Der Landtag
schluß der Wahl
am kommenden
präsident dem L
len und eine
werde. Mittwochs
einer Generalde

Heiße
Zehnstür

Bonn (Eigen)
batte ohne Bes
tierte der Bund
Jahren umstrit
rechter der Ar
Grundlage der
Beratung des a
der CDU zum
Gegenentwurf d
gen der Gewer
DP und BP leh
ab, da sie nach
schaften zu eine
das freie Unter
vateilgum gefe
Der CDU-E
betrieblische Mit
sicht die Bildung
und Unternehm
schaftsausschüss
fordert, daß die
schaften zu mi
Arbeitsnähm
Bericht im Wir
Auch der SPD
die Bildung der
Betrieb und wi
der Gewerksch
SPD, CDU und
gegen die Un
schließen eine
und die Schaffu
sehen. Mit der
setzung der A
über 300 Arb
Gegensatz zu
„Wenn kein
zwischen den

Rein

KPI

Bonn (Eigen)
Antrag des KPD
Donnersabende
munisten auf
gab bekannt,
minister gegen
zeige der Ver
ordneten Kurt
ren Freiheits
erhoben habe
und die von V
klar bewiesen
Müllers und d
handlung in d
Ausschluß für
mann auch K
schenraub und
den vorliege
Reinmann im
Der komm
suchte, gegen
ausschusses S